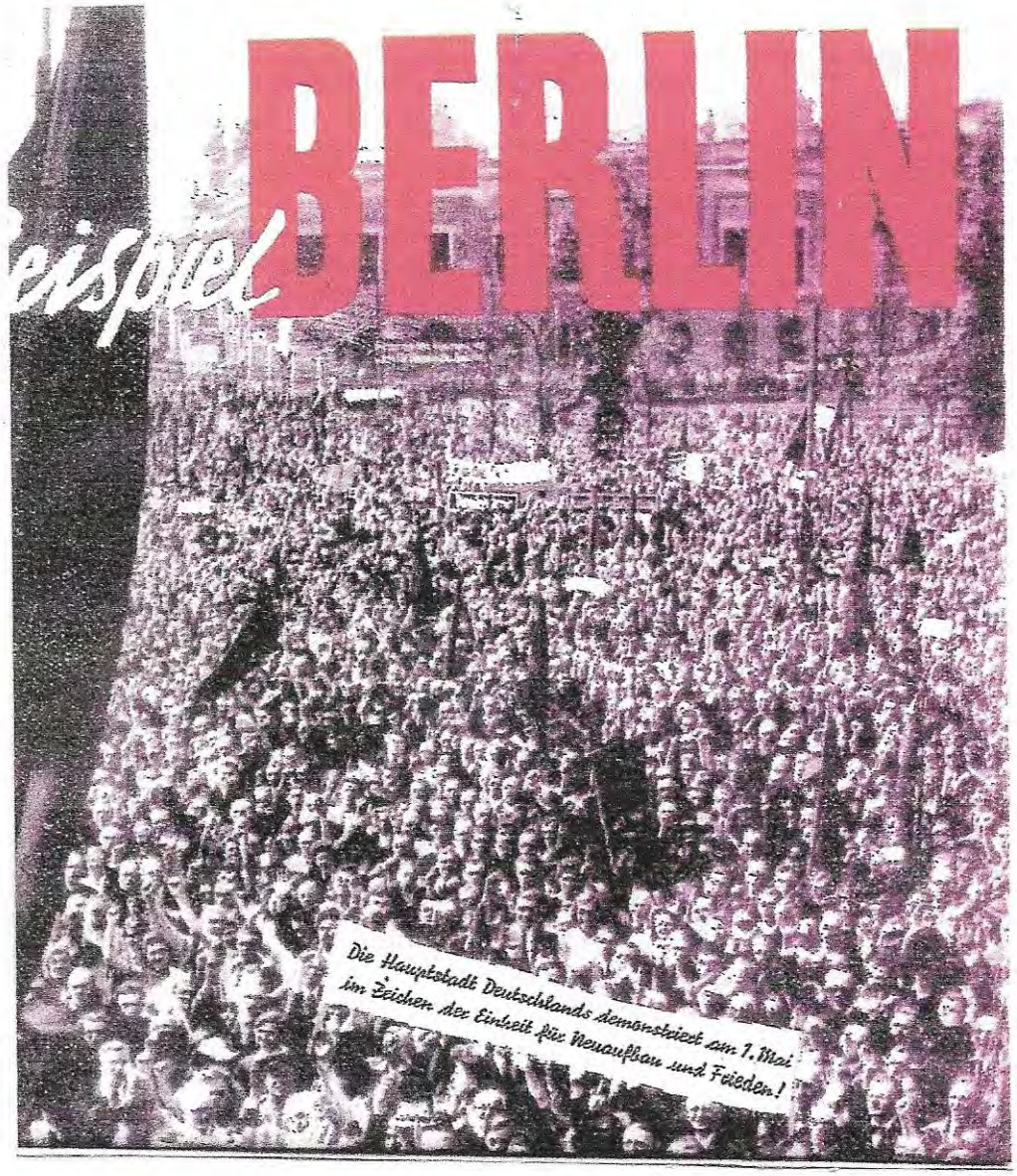
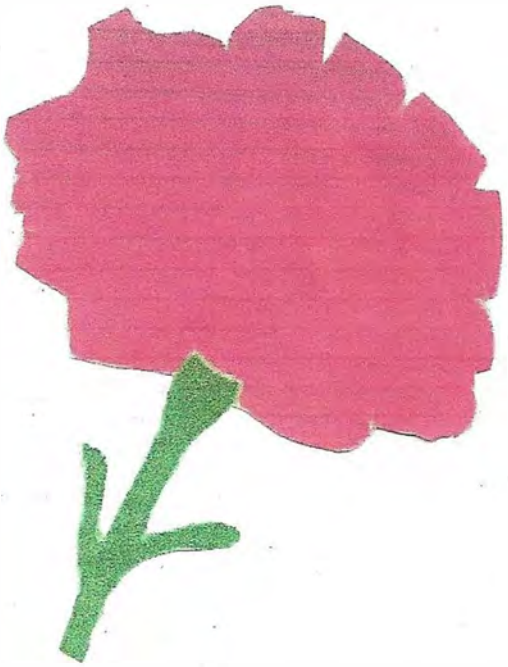
Unser

1. Mai 1946



Unser Mai 1946:

Tag der Einheit:
Vereinigte Arbeiterparteien,
und freie einheitliche antifaschistisch-demokratische Gewerkschaften



Von
Werner Ruch

Herusgeber: Verein Freie Deutsche Gewerkschaften e.V.
Förderverein zur Geschichte der deutschen Gewerkschafts-bewegung. April 2021

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort 4

I

2. Berlin wurde von der Roten Armee befreit 5 - 6
- Verlauf der letzten Kämpfe um Berlin
- Einstellung der Kampfhandlungen 6
- Frau Drewitz: Berlin eine Trümmerwüste 7
- Arbeiten und nochmals Arbeiten: Erste Bürgerpflicht: 8 - 10
  Sicherung der Ernährung, Gas, Wasser, Licht, Verkehrsmittel
- Neuer Magistrats von Groß-Berlin – Neubeginn des kulturellen Lebens 11
3. Befehl Nr. 2 der SMAD zur freien gesellschaftlichen Betätigung 12 - 16
   der Bevölkerung zur Gründung der Parteien und Gewerkschaften...

II

1. 1946 – Der 1. Mai nähert sich 17
- Zur Wiederaufname politischer Traditionen der Arbeiterbewegung 17 - 18
  Sozialistenfriedhof Friedrichsfelde und Märzfriedhof am Friedrichshain
- Erste Berliner Stadtdelegiertenkonferenz des FDGB 18
- Erste persönliche Kontakte zum Weltgewerkschaftsbund 19
- Erste zentrale Delegiertenkonferenz des FDGB für die sowjetische Zone 20 - 21
2. Zur Gesetzgebung des Alliierten Kontrollrates im Vormai 1946: 23 – 24
   1. Mai gesetzlicher Feiertag, Regelung der Arbeitszeit, Arbeitsgerichtsgesetz,
   Das Betriebsrätegesetz- Gesetz 22
3. Rückblick: Zur Protestbewegung gegen das Betriebsrätegesetz 1920 25 – 26
4. Zu den zwei November-Abkommen 1918 26 - 29
   Ebert- Groener – Abkommen 26 - 27
   Stinnes – Legien – Abkommen 27 – 29

III

Unmittelbare Vorbereitung des 1. Mai 1946 30 – 44
1. Erster Mai im Zeichen der Einheit- Plakat des FDGB 30
- Das Zentrale Maikomitee nimmt seine Arbeit auf 31 - 32
- Hermann Schlimme spricht in München auf der ersten Kundgebung 33
  der freigewerkschaftlichen Betriebsobleute
2 Mai- Plakate des FDGB 34
3. Gemeinsamer Aufruf der Berliner SPD und KPD: "Rüstet zum 1. Mai" 35
4. 1.-Mai Kundgebung im Lustgarten. Alliierte genehmigen mit Einschränkungen 36 – 39
5. Vereinigungsparteitag derSPD und KPD am 21. Und 22. April, Ostern 1946 39 – 41
6. Vorabend des 1. Mai – Gedenkstein wurde in Treptow vom FDGB enthüllt 42
7. 1. Mai 1946 in den Westzonen im Zeichen der Gewerkschaftseuinheit 43 - 44
8. Bilddokumentation vom 1. Mai der 500 000 in Berlin 45 - 50

IV

1. Rückblik: Gedicht einer Aktivistin der ersten Stunde 51
2. Offener Brief des Parteivorstandes der SED an alle Sozialdemokraten 51
   und Kommunisten Deutschlands::
   Macht Schluss mit der Zwietracht.

Vorwort

In der vorliegenden Schrift wird der Versuch unternommen den 1. Mai 1946 in die zeitlichen Geschenisse der ersten Nachkriegszeit einzuordnen. Je länger Geschichtsinteressierte über jene Zeit nachdenken, werden sie beeindruckt sein von dem großartigen Einheitsmai1946 in Berlin. Es war ja nicht irgend ein, dem Kalender der Arbeiterbewegung fälliger Maientag. Er konnte nach 13 Jahren zum ersten Mal nach Krieg und Faschismus in Frieden und Freiheit begangen werde. Den Aufrufen zum 1. Mai folgten rund 500 000 Berliner und Gäste aus den Ländern und Provinzen unseres Landes. zur zentralen Maikundgebung ins Berliner Stadtzentrum. Außenstehende hatten das nicht für möglich gehalten und später auch nicht bestritten. Selbst Roman Chwalek, Vorsitzender des FDGB Groß-Berlin teilte in einer Beratung zur Vorbereitung des 1. Mai am 19. April 1946 mit, dass mit 300 000 Teilnehmern gerechnet werde. Das entsprach etwa der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Berlin. Aber eine halbe Million aktive Teilnehmer demonstrierten aus den Bezirken zur zentralen Maiveranstaltung am Lustgarten über die "Linden", von der Friedrichstraße und weiteren Nebenstaßen.

In der vorliegenden Schrift werden die ersten Schritte die aus dem hinterlassenen Chaos führten in Erinnerung gerufen. Sie waren auf Schritt und Tritt verbunden mit der geistigen Auseinadersetzung mit dem Faschismus und Militarismus. . Ein großer Teil der Bevölkerung machte den "Totalen Krieg" mit, oder folgte der Gobbelspropaganda Deutschland und Europa vor dem Belschewismus zu retten bis zum Ende der Kriegshandlungen. Dem antifaschistischen Widerstand gebührt allzeit größte Hochachtung. Aber er reichte nicht. Die Befreiung mußtte von außen kommem um die militärische Kapititulation zu erzwingen. Aber die gestandenen Antifaschisten waren die Ersten, der Aktivisten der ersten Stunde. Überlebenswille und Verantwortungsbewußtsein beseelte viele frühere Gewerkschafter, Parteiloser ,Kommunisten Sozialdemokraten Christ- und Liberaldemokraten. Der mühselige Weg aus dem Chaos erfolgte gemeinsam mit den Männern im russischen Soldatenrock. Sie haben uns geholfen Pest und Cholera zu verhindern und die Berliner, vor allem die Stadtkinder vorm Verhungern zu bewahren, das Leben wieder in Gang zu setzen.

Der vom Marschall Shukow unterzeichneten Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 10. Juni 1945 ermöglichte das Widererstehen der Arbeiterbewegung und die Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront der Pareien und Organisationen.

Der Gründungsaufruf des FDGB Groß-Berlin begann mit einer historischen Einschätzung des 1. Mai 1933. Die vorliegende Broschüre kann nur in großen Zügen erinnern wie die geschichtlichen Lehren gezogen wurden, sich der Gewerkschaftsfrühling entfaltete, und in den 1. Mai 1946 mündete. Die Gewerkschaftseinheit wurde ermöglicht durch die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten bei gleichzeitiger Einbeziehung anderer früherer Gewerkschaftsrichtungen. Die 1019 Delegierten der ersten zentralen Delegiertenkonferenz des FDGB begrüssten in einem Schreiben an die zentralen Leitungen der SPD und KPD die schnelle Verschmelzung beider Arbeiterparteien als Beispiel für die ganze deutsche Arbeiterklasse: "Nachdem der 1. Mai 1933 zur schwersten Niederlage der deutschen Arbeiterklasse wurde, soll der 1. Mai 1946 zum Siegestag gegenüber der Reaktion, zum Tag der Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien zu einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei werden." Der Vereingungsparteitag fand bereits unmittelbar vor dem 1. Mai, am 21. und 22. April 1946 statt. Der Internationale Kampf-und Feiertag wiederspiegelte um so stärker die Anziehungskraft die von der Einheit ausging. Die Geschichte begann sich sichtbar vorwärts zu drehen.

Werner Ruch

I

Befreiung vom geistigen und materiellen Chaos und der antifaschistische Neubeginn gehören zur Vorgeschichte unseres 1. Mai

16. April: Die Schlacht um Berlin hat begonnen. Am 21. April standen die sowjetischen Truppen bereits am nordöstlichen Rand des Berliner großflächigen Randbezirks Reinickendorf.
26. April: Marschall Shukow ernennt Generaloberst Nikolaj Bersarin zum Stadtkommandanten von Berlin und Chef der Berliner Garnison der sowjetischen Truppen.

27. April: Mit deem Kraftwerk Charlottenburg fällt nach Brückensprengung durch deutsche Truppen das letzte Berliner Kraftwerk aus. Nach Stromausfall Zusammenbruch der Wasserversorgung, der Kanalisation und Gasversorgung sowie sämtlicher Kommunikations- und Verkehrssysteme.
28. April: Sowjetische Truppen erreichen den Landwehrkanal und erzwingen seinen Übergang an der Potsdamer Brücke.zum Potsdamer Platz. Die Kämpfe um das unmittelbare Regierungsviertel begannen. Von der Bebauung des Potsdamer –und des Leipziger Platzes, dem Mittelpunkt einer Weltmetropole, waren nach einem der schwersten amerikanischen Luftangriffe am 3. Februar 1945 nur noch Reste vorhanden.
28. April: Das von der Roten Armee eroberte Kraftwerk Rummelsburg geht mit Teilleistung ans Netz.
29. April: Truppen der Roten Armee kämpfen im Regierungsviertel.
30. April: Hitler begeht Selbstmord.
1. Mai : In Bruchmühle, Fichtestraße 38 wurde wie Wolfgang Leonhard mitteilte, auf einer Gedenktafel 1965 der Beginn der Arbeit der "Gruppe Ulbricht"gewürdigt:
"Hier berieten die Beauftragten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands unter Leitung von Walter Ulbricht am 1. Mai 1945 erstmalig auf deutschen Boden Maßnahmen zum Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland".
1. Mai: Alfred Lemnitz, politischer Gefangener im Zuchthaus Brandenburg- Görden (Havel)- schreibt in seinem Tagebuch durch die Rote Armee befreit, konnte auf dem Weg nach Berlin in Wernitz, einem kleinen Dorf an der Bahnlinie Wustermark-Berlin, zum ersten Mal nach 13 Jahren den 1. Mai wieder in Freiheit begehen. Zuvor hatten die politischen Gefangenen ihr gemeinsanes Gelöbnis zur Herstellung einer Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien besiegelt. Prof. Dr. Lemnitz gehörte in der zu den bekannten Ökonomen der DDR, er wurde Hochschullehrer und bereits in den fufziger Jahren Minister für Volkbildung.
1. Mai: Für Berlin vermerken Chronisten inoffizielle Mai- Treffen vor allem der Kommunisten in den befreiten Bezirken Friedrichshain und Reinickendorf.

2. Mai: Einstellung der Kampfhandlungen in Berlin

Eine Tafel am Haus Schulenburgring 2, in Berlin-Tempelhof, erinnert:

"In diesem Hause befand sich der Gefechtsstand des Befehlshabers der 8. sowjetischen Garde seines Generals Tschuikow. Hier unterzeichnete am 2. Mai 1945 General Weitling als Befehlshaber des deutschen Verteidigungsbereiches Berlin den Befehl an die deutschen Truppen in Berlin sofort die Kampfhandlungen einzustellen, Für Berlin bedeutete dies das Ende des Krieges"

Berlin, 2. 5. 45.

Befehl.

Am 30.4.1945 hat sich der Führer selbst entleibt und damit die; die ihm die Treue geschworen hatten, im Stich gelassen.
Auf Befehl des Führers glaubt Ihr noch immer in Berlin kämpfen zu müssen, obwohl der Mangel an schweren Waffen, an Munition und die Gesmtlage den Kampf als sinnlos erscheinen lassen.
Jede Stunde, die Ihr weiterkämpft verlängert die entsetzlichen Leiden der Zivilbevölkerung Berlins und unserer Verwundeten. Jeder der jetzt noch im Kampf um Berlin fällt, bringt seine Opfer umsonst.
Im Einvernehmen mit deem Oberkommando der sowjetischen Truppen, fordere ich Euch daher auf, sofort den Kampf einzustellen.

Unterschrift
(Weidling)
General der Atlellerie
und
Befehlshaber Verteidigungsbereich Berlin

Michael Müller (SPD, 2.v.r), Regierender Bürgermeister von Berlin, Sergej Netschajew (r), Russlands Botschafter in Deutschland, Denis Sidorenko (3.v.r), Belarus Botschafter in Deutschland, gehen im Gedenken an die Kapitulation vor 75 Jahren vor dem Haus Nummer 2 im Schulenburgring

Foto: dpa

Frau Drewitz erinnert: Berlin eine Trümmerlandschaft

Erste Schritte zur Überwindung des Chaos bis Juni 1945

Bereits Ende April 1945 wandten sich erste Volkskomitees mit Aufrufen an die Bevölkerung sich an der Beseitigung des Chaos zu beteiligen In Pankow wurden vom bezirklichen Komitee am 2. Mai in einem Aufruf folgende vordringliche Aufgaben benannt:

1. *Sicherstellung der Ernährung,*
2. *Sicherstellung des Sanitätswesen,*
3. *Unterbringung der Flüchtlinge,*
4. *Beseitigung der Verkehrshindernisse."*

Dieser Aufruf schloß mit dem Appell:

Der von der Hitlerclique vom Zaun gebrochene Krieg neigt sich seinem unvermeidlichen Ende zu. Das deutsche Volk erntet, was es teils gesät, teils durch stillschweigende Duldung mit verschuldet hat. Unschuldige leiden mit Schuldigen. Denn noch: Wir wollen leben und wir werden leben! Wir wollen und werden wieder aufbauen.

Fast 30 Jahre später erinnerte die Berliner Schriftstellerin Ingeborg Drewitz, (langjährige Vizepräsidentin des PEN-Zentrums der Bundesrepublik) in ihrem Buch "Hinter dem Fenster die Stadt" an die chaotischen Zustände in Berlin:

Bei Kriegsende war Berlin eine Trümmerlandschaft: 75 Millionen Kubikmeter Schutt, mehr als ein Siebentel der in ganz Deutschland vorgefundenen Trümmermassen. Von rund 245 000 Gebäuden 47 800 zerstört oder irreparabel beschädigt (19,5 %). Ganze Stadtviertel waren untergegangen, so das Hansaviertel, das Tiergartenviertel und das bayrische Viertel. 95 % der Straßenbahnoberleitungen zerstört., von 712 Schulen (1938) nur noch 292 benutzbar. Das Schloß, Mittelpunkt der preußischen Residenz- Schlüter hatte es mitgeschaffen-, blieb als Ruine zurück; der Magisttrat von Ostberlin ließ es 1950 abreißen. Die Preußische Staatsbibliothek, wie alle Gebäude Unter den Linden, waren schwerstens getroffen. Von den mittelalterlichen Kirchen blieb eine erhalten: die Marienkirche. Ausgebrannt der barocke Bau der Hedwigskirche, die Nikolaikirche eine Ruine – ebenso Bauwerke der neueren Zeit die der Stadt ihr Gepräge gaben: Dom, Kaiser-Wilhelm- Gedächtniskirche, die alte Reichskanzlei. Schwer getroffen, das Schauspielhaus am Gendarmenmarkt mit dem Konzertsaal, ein Meisterwerk Schinkelscher Innengestaltung, Die Quadriga Gottfried Schadows auf dem Brandenburger Tor ebenfalls stark beschädigt. Schloß Charlottenburg büßte die Festräume Friedrich des Großen ein, die Kapelle ging unter. Schloß Monbijou brannte aus. Größte Verluste erlitten die Berliner Museen und damit Deutschlands Museumsbesitz.

Der Verlust an Industriekapazität in Groß-Berlin betrug 23,5 %. Fast doippelt so hoch der Verlust durch die Demontagen der Alliierten 42,6 % (auf Westberlin entfielen sogar53%, auf Ostberlin 21,1%. "Ende 1939 hatte Berlin 4 338 756 Einwohner, davon wohnten 1 588 262 im Gebiet des heutigen Ost-Berlins. Ende 1968 wohnten in Berlin-West 2 141 411 Menschen, 1 083 213 (1967) in Ost-Berlin.

Erste Schritte zurÜberwindung des Chaos bis Juni 1945

Bevor es zum schrittweisen Aufbau der Selbstverwaltung in den Berliner Bezirken kam , hatten sich spontan Aktivisten der ersten Stunde zu Volksausschüssen, verwurzelt in verschiedenen Gruppierungen der antifaschistischen Widerstandsbewgung vereinigt. Sie wandten sich in Aufrufen an die Bevölkerung an der Beseitigung des Chaos zu beteiligen. In Pankow orientierte ein bezirkliches Komitee am 2. Mai 1945 auf nachstehende dringende Aufgaben:

- Sicherstellung der Ernährung
- Sicherstellung des Sanitätswesens

- Unterbringung der Flüchtlinge
- Beseitigung der Verkehrshindernisse.

Dieser Aufruf schloß mit den Worten:

Der von der Hitlerclique vom Zaun gebrochene Krieg neigt sich seinem unvermeidlichen Ende zu. Das deutsche Volk erntet, was es teils gesät, teils durch stillschweigende Duldung mit verschuldet hat. Unschuldige leiden mit Schuldigen. Denn noch:
Wir wollen und wir werden leben!. Wir wollen und werden wieder aufbauen!

"Arbeiten und nochmals Arbeiten" wurde zur ersten Bürgerpflicht

Nur so ließ sich das Chaos beseitigen, der Ausbruch von Epidemien verhindern und die verbreitete Demoralisierung und Teilnahmslosigkeit möglichst zügig überwinden. Den Leistungen der Aktivisten der ersteu Stunde standen jedoch auch der aufblühende Schwarzmarkt und Betrügereien entgegen, gepaart mit Diebstahl während der Obst-und Feldernte bis Ende 1948 in den Randgebieten und Brandenburg.

Um so größere Bedeutung kam der Arbeitsbeschaffung, Arbeitslenkung und der Hebung der Arbeitsmoral zu. Es galt durch eigene Hände Arbeit aus dem Chaos zu kommen und das Nötigste zum Leben zu sichern. Die Einwohnerzahl Berlins betrug vor dem 2. Weltkrieg 4,3 Millionen und im Mai 1945 waren es nur noch 2, 8 Millionen Einwohner. Aber man rechnete mit einem Wachstum der Bevölkerung besonders durch die Rückkehr der Evakuierten und Kriegsgefangenen auf 3, 8 bis 4 Millionen Einwohner.

Dem "1. Geschäftsbericht des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Gross-Berlin 1946" sind nachstehende statistische Angaben, zur Bevölkerungsentwicklung entnommen. Ihre Quelle bildet die Lebensmitteilartenstatistik.

1945		1946	
Juli	2 812 478	Januar	3 072 170
Oktober	3 068 420	Februar	3 079 422
November	3 058 513	März	3 088 741
Dezember	3 014 629	April	3 097 668
		Mai	3 116 408

Im Geschäftsbericht wird zur zeitgenössischen Generationsproblematik hinzugefügt:

" Der Lebensbaum der berliner Bevölkerung gibt ein anschauliches Bild von dem Ausfall von Menschenleben, insbesondere weist er eine enorme Schrumpfung der 19-34 jährigen Männer auf. In den Lebensjahren von 20-30 Jahren stehen einem Mann 4 bis 6 Frauen gegenüber... ."

Jugend im Blickpunkt

Die folgenden Angaben aus dem *Statistischen Jahrbuch Berlin in Zahlen, 1949*, lassen die Dezimierung der 14 bis 25jährigen besonders deutlich erkennen:

	17.9 39		12.8.45	
	männl	weibl.	männl	weibl..
14-18jährig	77 829	87 559	45 900	58 858
18-21jährig	54 446	87 975	10 624	51 674
21-25jährig	54 179	101 338	15 253	73 969

Die antifaschistischen Kräfte, sahen sich nach Beendigung der Kampfhandlungen einer Jugend gegenüber, deren Ideale zertrümmert waren, der geholfen werden musste einen Ausweg auf antifaschisch-demokratischer Grundlage zu finden. Die Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie hatte kaum begonnen. Schulen waren zerstört oder geschlossen, viele Lehr-und Arbeitsstellen vernichtet oder wurden demontiert. Etwa 30 000 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren zählten zu den Arbeitslosen.

Antifaschistische Jugendausschüsse entstanden in den Bezirken als erste Sammelpunkte auf der Suche nach einem besseren, freien Leben. Entsprechende Signale kamen aus Berlin-Neukölln für die 1945 alle Bezirke erfassende Bewegung. Mit folgendem Aufruf wandte sich die antifaschistische Jugend, Bezirksleitung Neukölln an die Jungen und Mädel:

Hitler brachte uns den Faschismus!
Der Faschismus brachte uns den Krieg!
Der Krieg zerstörte unser Leben!

Wer leben will, muss arbeiten und aufbauen!
Die antifaschistische Jugend schart alle aufbauwilligen jungen Kräfte um sich. ...
Kommt deshalb sofort zu den Meldestellen der antifaschistischen Jugend um mitzuhelfen am Wiederaufbau unseres durch den Nationalsozialismus zerstörten Lebens.

Die erste zentrale Konferenz der Jugendausschüsse Berlins und der sowjetischen Besatzungszone fand in Anwesenheit von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl am 2. und 3. Dezember 1945 in der Anna-Magdalena-Bach-Schule in Berlin-Pankow statt. Vor den 500 Delegierten hielt Erich Honecker das Hauptreferat. Am ersten Konferenztag wurde von Horst Kuppa eine Entschließung des Jugendausschusses Neukölln vorgtragen. In ihr heieß es:
Wir fordern die Schaffung einer einheitlichen Jugendbewegung ohne Unterschied der Konfessionen und Weltanschauungen in ganz Deutschland als "Freie Deutsche Jugend. Die Zeit zu ihrer Gründung reifte nach Überwindung diverser Hürden heran.

Ernährung und öffentliche Dienstleistungen

Der erste Befehl des Berliner Stadtkommandanten Generaloberst Bersarin, erteilt am 28. April 1945, galt dem Verbot des Nazismus und Militarismus und der Arbeit zur Sicherstellung öffentlicher Dienstleistungen und der Ernährung.

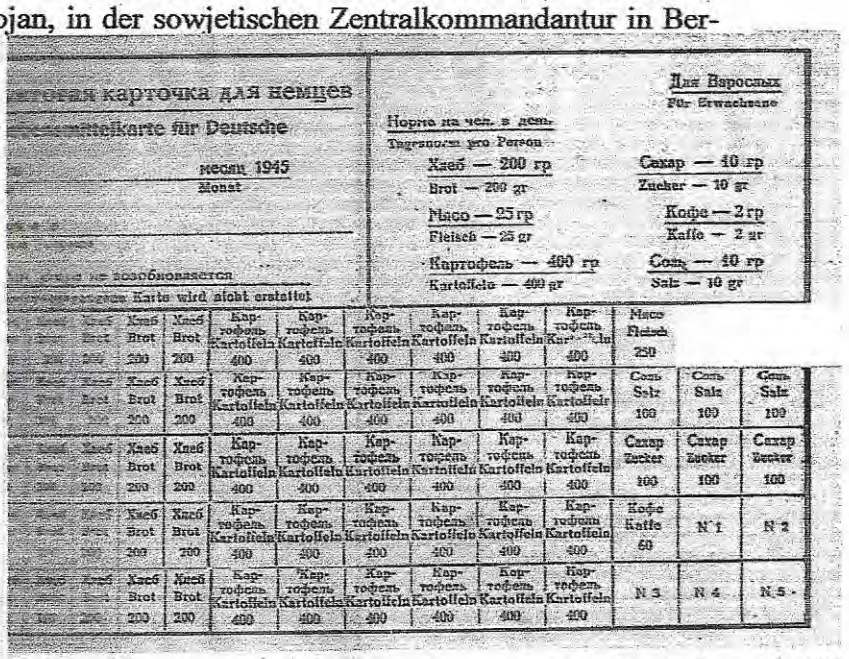
- "*Alle kommunalen Betriebe wie Kraft-und Wasserwerke, Kanalisation, städtische Verkehrsmittel (Untergrund- und Hochbahn, Straßenbahn und Trolleybus), alle Heilanstalten; alle Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien haben ihre Arbeit zur Versorgung der Bevölkerung wieder aufzunehmen.*"

- Angestellte der staatlichen Verpflegungslager sowie Privateigentümer von Lebensmittellagern haben binnen 24 Stunden nach Veröffentlichung dieses Befehls alle vorhandenen Lebensmittelvorräte bei den militärischen Bezirkskommandanturen zwecks Registierung anzugeben und sie nur mit Erlaubnis der militärischen Bezirkskommandanten herauszugeben."

Hans Jendretzky, im Juni 1945 Mitbegründer des FDGB Groß-Berlin und Februar 1946 Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB der sowjetischen Besatzungszone, wurde im Mai 1945 als Leiter der Abteilung Arbeit des neuegebildeten Magistrats berufen

An den Besprechungen für den Wiederaufbau Berlins und der Lebensmittelversorgung nahm am 11. Mai 1945, der von Moskau kommende erste Stellvertreter des Rates der Volkskomissare der UdSSR A.J. Mikojan, in der sowjetischen Zentralkommandantur in Berlin-Lichtenberg teil.

Ausgabe neuer Lebensmittelkarten erfolgte zunächst gemäß den früherexistirenden Normen, Sie wurden für fünf bis sieben Tage im voraus ausgegeben. Schon eine Woche nach Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai in Berlin-Karlshorst, wurden vom neu gebildeten antifaschistischen Magistrat gemäß Befehl Bersarins ab 15. Mai 1945 **erste** Lebensmittelkarten usgegeben. Um eine annähernd reale Planung der von Tag zu Tag wieder wachsenden Berliner Bevölkerung zugrunde legen zu können wurde eine provisorische Volkszählung über die Polizeieviere und den neuen Hausvertrauensleuten durchgeführt.



Lebensmittelkarte für die Berliner Bevölkerung für die erste Hälfte des Monats Mai nach der Festsetzung der Lebensmittelrationen vom 5. Mai 1945 durch den sowjetischen Stadtkommandanten, Mai 1945

Die Gas- und Stromversorgung wurde in 11 von 20 Berliner Bezirken wieder aufgenommern.

Mitte Mai 1945 wird aus Reinickendorf, dem größten Flächenbezirk Berlins, mitgeteilt:
(Siehe Stadtarchiv Berlin Rep. 101 Nr. 119; ebenda " Beiträge zur Geschichte Reinickendorfs" Nr.1, 1995)
"Mit der Einsetzung der ersten Ortsverwaltung in Frohnau am 24. April begann der Wiederaufbau in Reinickendorf. Von dem russischen Kommandanten Herrn Oberstleutnant Pawlenko, wurden insgesamt 10 Ortsverwaltungen geschaffen, und zwar in Frohnau, Hermsdorf, Waidmannslust, Lübars, Wittenau, Borsigwalde, Heiligensee, Tegel, Reinickendorf-West und Reinickendorf-Ost. Am 29. April wurde die erste provisorische Bezirksverwaltung eingesetzt...Da mit Kriegsende mit wenigen Ausnahmen sämtliche Lebensmittellager geplündert waren und keine Unterlagen für eine Lebensmittelkartenverteilung existierten, bestanden die ersten Aufgaben der neuen Verwaltung in der Vorbereitung einer Bevölkerungszählung, ... Diese wurde Anfang Mai – in ununterbrochener Arbeit bei Tag und Nacht – durchgeführt. ... Zu einer Zeit, als große Teile Berlins noch unter Beschuss standen, wurden in den Ortsteilen verhältnismäßig viel Lebensmittel verteilt, wie Brot, teilweise Milch und Fleisch; selbst in Reinickendorf-Ost und-West wurde schon Brot gebacken und nicht nur an Reinickendorfer, sondern auch an Einwohner anderer Bezirke verkauft."

Bildung des neuen Magistrat von Groß-Berlin

Am 14. Mai 1945 wurde nach Vorbesprechungen der von Genraloberst Bersarin ausgewählte neue Magistrat von Marschall Shukow bestätigt

Bekanntmachung
des Oberbürgermeisters der Stadt Berlin

Mit Anerkennung des Militär-Kommandos der Roten Armee wurde der Magistrat der Stadt Berlin neu gebildet. Die Obliegenheiten des Oberbürgermeisters habe ich selbst übernommen... .
"Ich rufe die Bevölkerung Berlins auf, dem neugebildeten Magistrat aktive Hilfe zu leisten zur Wiederherstellung des normalen Lebens der Stadt und bei der Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Militärkommando der Roten Armee."
Berlin 17. Mai 1945

Der Oberbürgermeister der Stadt Berlin
Dr. ARTHUR WERNER "

Öffntliche feierliche Amtseinführung des Magistrates 19. Mai 1945 in der Parochial-Straße, Bezirk Mitte. (v. l.n.r.) Nikolay Bersarin, Oberbürgermeister Arthur Werner, Stellvertreter Karl Maron.
Foto: Museum Karls-

Berlin lebt auf!
So lautete die Aufmachung der Titelseite der "Berliner Zeitung", am Montag, dem 21. Mai 1945. Sie berichtete über die Rede des Generaloberst Bersarin auf der feierlichen Gründungsversammlung des Magistrats am 19. Mai 1945, im späteren Neuen Stadthaus in der Parochial Straße 2-5:
"In ihre Rechte tritt heute die Berliner Stadtverwaltung, deren Aufgabe darin besteht, so schnell und sogut wie möglich das normale Leben derStadt wiederherzustellen. Über die Lösung dieser Aufgabe hinaus ist es nötig, alles nur Menschenmögliche zu leisten. ... Lassen Sie mich meine Rede mit dem Wunsche schließen, die gesamte Bevölkerung möge den Oberbürgermeister Dr. Werner, seinen Stellvertretern, der Stadtverwaltung und auch mir dabei helfen, das normale Leben der Stadt wiederherzustellen. Ich wünsche Ihnen Erfolg, meine Herren."
Wer sind die neuen Leute im Magistrat?
Das sind Ingenieure, Arbeiter Fachleute der Wirtschaft und des Gesundheitswesens, ehemalige Abgeordnete des Reichstages und Preußischen Landtages. Sie verkörpern eine antifaschistische Einheitsfront. Die "Tägliche Rundschau", Frontzeitung der Roten Armee für die Deutsche Bevölkerung, stellt mit dem Beginn der Arbeit des Berliner Magistrats am 14. Mai fest:

> *Verweht und zerschlagen sind die erbärmlichen Märchen der Nazipropaganda von der "Ausrottung des deutschen Volkes", über die "gewaltsame Bolschewisierung" und "Verschleppung der deutschen Bevölkerung zur Zwangsarbeit nach Sibirien".*

Einen Monat später, am 19. Juni übergab das Kommando der Roten Armee dem Magistrat die Berliner Zeitung als sein offizielles Publikationorgan. Zum Chefredakteur wurde Rudolf Herrnstadt berufen.
Auch der alte Verwaltungsapparat war zertrümmert und konnte da faschistisch verseucht, nicht einfach zusammengesucht und in Funktion gesetzt werden, Ein neuer Verwaltungsapparat musste geschaffen werden, der nach den neuen Prinzipien seine Arbeit unter Leitung des neuen antifaschistisch-demokratischen Magistrats entwickeln.
Wiederbelebung des innerstädtischen Nahverkehrs
Mitte Mai 1945 fuhren erste U-Bahnzüge in Neukölln vom Herrmannplatz zur Schönlein- und Boddinstraße, vom Alexanderplatz zum Wedding nach Gesundbrunnen und die heutige U5 vom Alex Richtung Frankfurter Tor. Ab Mitte Mai wurden wieder erste Straßenbahnlinien befahren.
Neubeginn des kulturellen Lebens, der Körperkultur und des Sports sowie des gesamten Schul- und Bildungswesens
Am 11. Mai *"Erster öffentlicher **jüdischer Gottesdienst**, nach mehr als zehnjähriger Unterbrechung durch das NS-Regime, im Krankenhaus Iranischer Straße, Bezirk Wedding. Die gottesdienstlichen Zeremonien vollzog ein sowjetischer Armeerabbiner."*
Dem Beirat für kirchliche Angelegenheiten beim neuen Magistrat gehörten an: Pfarrer Peter Buchholz und Pfarrer Heinrich Grüber.
Am 14. Mai ***"Versammlung Berliner Kunstschaffender** auf Einladung des sowjetischen Stadtkommandanten Generaloberst Bersarin, in Friedrichsfelde unter Leitung des Beauftragten des sowjtischen Militärkommandanten für das Kuntschaffen in Berlin, Direktor Herzberg. Bekannte Theaterleiter, unter ihnen Heinz Tietjen, Gustav Gründgens, Paul Wegener, Ernst Legal und Viktor de Kowa, legen ihre Pläne zum Wiederaufbau des Berliner Kunstlebens dar".*
(Beides entnommen der Chronik des Senats:"Berlin Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945-1946". Druckhaus Tempelhof, Berlin, 1957.)
Am 20. Mai findet das erstes Fussballspiel vor 10. 000 Zuschauern im Stadium Berlin-Lichtenberg statt.Am 26. Mai geben die Berlin Philharmoniker im Steglitzer Titaniapalast unter Leitung des Dirigenten Leo Borchard ihr erstes Nachkriegskonzert.

Am 27. Mai folgt die erste Aufführung des Renaissance-Theater, Hardenbergstr. nahe Bahnhof Zoo. Unter der Direktion von Ernst Legal und der Intendanz des bekannten Filmkomikers Heinz Rühmann wurde der Schwank "Der Raub der Sabinerinnen" aufgeführt.
Am 1. Juli findet auf Anregung des Stadtkommandanten, das erste deutsche Nachkriegspferderennen in Berlin Karlshorst vor tausenden Zuschauern statt. Zu diesem Zweck wurde das bisherige Stadiom zum Traberrennen umgebaut und flächenmäßig verdoppelt. 1945 folgten noch 31 weitere Renntage. .Ab 1. Juli wird in Berlin der Schulbetrieb im begrenzten Umfang, außer Geschichtsunterricht, aufgenommen

10. Juni 1945 - Befehl Nr. 2 der SMAD über die Zulassung antifaschisti-scher Parteien und Organisationen

Befehl Nr. 2

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration

dem 10. Juni 1945. Berlin

Am 2. Mai dieses Jahres wurde die Stadt Berlin von den Sowjettruppen besetzt. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, kapitulierten und einige Tage später unterzeichnete Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und über die Uebernahme der höchsten Autorität auf dem ganzen Territorium Deutschlands durch die Regierungen der benannten Länder veröffentlicht. Vom Augenblick der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen an wurde auf dem Gebiet der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland feste Ordnung hergestellt, die städtischen Organe der Selbstverwaltung organisiert und notwendige Bedingungen für die freie gesellschaftliche und politische Tätigkeit der deutschen Bevölkerung geschaffen.

Zu vorstehendem BEFEHLE ICH:

1. Auf dem Territorium der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Ueberreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzten.

2. Der werktätigen Bevölkerung der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen zu gewähren. Den gewerkschaftlichen Organisationen und Vereinigungen ist das Recht zu gewähren, Kollektivverträge mit den Arbeitgebern zu schließen sowie Sozialversicherungskassen und andere Institutionen für gegenseitige Unterstützung, Kultur-, Bildungs- und andere Aufklärungsanstalten und -organisationen zu bilden.

3. Alle in den Punkten 1 und 2 genannten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften sollen ihre Vorschriften und Programme der Tätigkeit bei den Organen der städtischen Selbstverwaltung und beim Militärkommandanten registrieren lassen und ihnen gleichzeitig die Liste der Mitglieder ihrer führenden Organe geben.

4. Es wird bestimmt, daß für die ganze Zeit des Okkupationsregimes die Tätigkeit aller in Punkt 1 und Punkt 2 genannten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen vor sich gehen wird.

5. Auf Grund des vorstehenden sind alle faschistischen Gesetze sowie alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Anordnungen, Instruktionen usw. aufzuheben, die die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften und Organisationen untersagen und gegen demokratische Freiheiten, bürgerliche Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärischen Administration
Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow

Der Stabschef der Sowjetischen Militärischen Administration
Generaloberst W. W. Kurasow

Faber-Verlag, Magdeburg

15. Juni 1945 Gewerkschaftlichen Neubeginn in Groß-Berlin

AUFRUF
des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin

Die Tyrannei des Hitler-Faschismus ist durch die verbündeten Armeen zerschlagen. Millionen Toter und Verwundeter, zerstörte Städte, verödetes Eigentum, Witwen und Waisen klagen an. Furchtbar hat Hitler sein großsprecherisches Wort wahr gemacht, das er bei seiner Machtergreifung verkündete: „Gebt mir zehn Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht mehr wiedererkennen." Durch seine barbarische Rassenlehre und den Vernichtungsfeldzug gegen andere Völker hat Hitler die eigene Nation geschändet.

Der Weg zum Abgrund begann schon vor 1933. Die demokratischen Kräfte waren gespalten und zu unentschlossen, um entscheidenden Widerstand zu leisten. Der 1. Mai 1933 war der schwärzeste Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Hitler kam zu ungehemmter Macht.

Mord und Verzweiflung im Innern war der Anfang. Zur ungehinderten Durchführung einer verbrecherischen Pläne zerschlug er die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften. Aus dem geraubten Hab und Gut schufen die Faschisten die Deutsche Arbeitsfront, das Instrument zur Versklavung der Arbeiterschaft und zur Vorbereitung ihres Raubkrieges. Nutznießer der Volksnot und Abenteurer standen an der Spitze.

Dann begann der Eroberungskrieg, der Vernichtungsfeldzug gegen die anderen Völker. Rüstungsindustrielle, Großgrundbesitzer und sonstige Militaristen verbündeten sich mit Hitler und seiner verbrecherischen Clique und opferten kaltblütig das deutsche Volk ihrem Machthunger. Hitler befahl die Ausradierung fremder Städte: Warschau, Rotterdam, London und Stalingrad wurden zerstört. Das härteste Schicksal bereitete er den slawischen Völkern. Arbeiter und Arbeiterinnen anderer Völker wurden versklavt. Wohin immer die Horden seiner SS. und Sonderkommandos kamen, hatten sie Blut und Tränen, Hunger und Tod im Gefolge. Und die deutsche Armee, von nur allzu vielen verantwortungslosen und ehrgeizigen Generalen geführt, war ebenso willenloses Werkzeug für Hitlers Schandtaten.

Nach Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften fanden sich Männer zusammen, die aktiv am Kampf gegen den Hitler-Faschismus teilnahmen. Viele von ihnen sind den Henkern der Gestapo zum Opfer gefallen. Auch unter den Freiheitskämpfern des 20. Juli 1944, die das Hitlertum zu stürzen versuchten, waren verantwortliche Männer der früheren Gewerkschaften beteiligt. Nur wenige von ihnen entrinnen dem Strang.

Dem Kampf der aktiven antifaschistischen Gruppen in Deutschland blieb der Erfolg versagt. So mußten die verbündeten Armeen den opferreichen Kampf für die Befreiung Deutschlands von der Herrschaft der faschistischen Kriegsbrandstifter mit ihren Kräften führen. Erst mit der Eroberung Berlins durch die Rote Armee fand Hitler sein schmachvolles Ende. Nun können wir uns selbst überzeugen, daß die Vereinten Nationen den Krieg nicht zur Vernichtung des deutschen Volkes geführt haben.

Nach dem Einzug der Roten Armee in Berlin wurde mit Genehmigung des Stadtkommandanten eine zivile Verwaltung auf der

Grundlage der Einheit aller antifaschistischen demokratischen Kräfte errichtet.

Die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und zur Wiederherstellung des normalen Lebens sind in Angriff genommen. Der Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration gibt den Arbeitern und Angestellten das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften.

Damit ist der von den Arbeitern und Angestellten langersehnte Zeitpunkt gekommen, sich wieder gewerkschaftlich zu organisieren.

Die Unterzeichneten haben einen Ausschuß zum Wiederaufbau freier, demokratischer Gewerkschaften für Groß-Berlin gebildet. Wir sind überzeugt, dem Willen der Berliner Arbeiterschaft Ausdruck zu geben, wenn wir erklären:

Die neuen freien Gewerkschaften sollen unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine

Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung einer neuen demokratischen Rechtsordnung der Arbeiter und Angestellten

werden. Ihre Aufgabe ist vor allem, mitzuhelfen bei der Neugeburt unseres Volkes und bei der Heilung der Wunden, die der unselige Hitler-Krieg der Welt geschlagen hat. Die Arbeit der deutschen Gewerkschaften soll Gewähr sein für die Wiedererweckung des Vertrauens der Völker. Sie sollen mithelfen, daß demokratisches Deutschland, das in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern leben will, zu schaffen. Durch eifrige und angestrengte Arbeit am Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung des in anderen Ländern Zerstörten werden sie mitwirken, das Vertrauen der anderen Völker wiedergewinnen.

Der Ausschuß wird die gewerkschaftlichen Grundsätze ausarbeiten und sie mit dem internationalen Gewerkschaftskomitee in Übereinstimmung bringen. Wir schlagen den Arbeitern und Angestellten Berlins vor, ihre Meinung zu folgenden

Erstaufgaben der freien Gewerkschaften zu äußern:

1. Entschlossener Kampf gegen die antifaschistische Ideologie und das Gift des deutschen Militarismus. Durch Säuberung aller Posten in Stadtverwaltung und Betrieben von aktiven faschistischen Elementen.
2. Einsatz aller Arbeitskräfte, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern und Berlin durch angestrengte Arbeit wieder aufzubauen. Raschestmögliche Wiederingangsetzung der Versorgungsbetriebe und Werkstätten, der Energieversorgung und der Verkehrsmittel von Groß-Berlin.
3. Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Rahmen der Bestimmungen der Besatzungsbehörden durch Abschlüsse von Tarifverträgen und Organisierung des Arbeitsschutzes und des Arbeitseinsatzes. Mitarbeit beim Wiederaufbau der Wirtschaft und der Sozialversicherung unter Sicherung des demokratischen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten.
4. Erziehung der Arbeiterschaft im Geiste des Antifaschismus, des demokratischen Fortschritts und zur Erkenntnis ihrer sozialen Lage. Pflege der Verbundenheit mit den Arbeitern der anderen Länder und Festigung der Freundschaft zu den anderen Völkern.

Arbeiter und Angestellte!

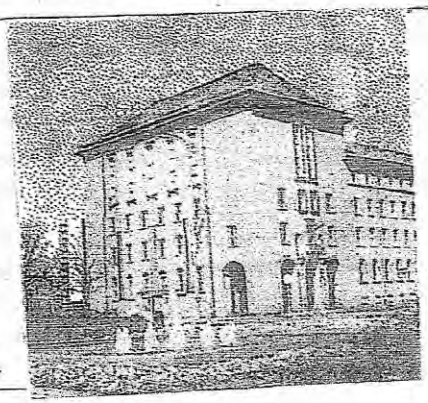
Die Nazi-Tyrannei ist tot! An uns liegt es jetzt, trotz aller Schwierigkeiten Hand anzulegen zum Neuaufbau. Wieder, wie nach 1918, liegt das Schicksal der Heimat in unserer Hand. Wir dürfen diesmal nicht versagen.

Die Verzagtheit beiseite, sich ihrer besten gewerkschaftlichen Traditionen bewußt, gewillt ist, ein antifaschistisches Bollwerk zu schaffen: daß sie entschlossen ist, sich mit ganzer Kraft einzusetzen für die Schaffung eines demokratischen Deutschlands, für ein friedliches Zusammenleben mit anderen Völkern.

Berlin, den 15. Juni 1945

Der vorbereitende Gewerkschaftsausschuß für Groß-Berlin

Otto Braß — Bernhard Görlitz — Hermann Schlimme — Paul Walter — Roman Chwalek — Ernst Lemmer — Jakob Kaiser — Hans Jendretzky



Die erste Versammlung mit ca. 570 Teinehmern fand am 17. Juni 1945 im großen Saal im linhen Flügel oben statt.

Der Aufruf des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses zur Gründung einheitlicher, freier antifaschistisch-demokratischer Gewerkschaften für Groß-Berlin trägt das Datum 15. Juni 1945 Er wurde zum Gründungsaufruf des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Gründungsaufruf wurde unterzeichnet von namhaften Funktionären der führenden Richtungsgewerkschaften der Weimarer Republik. Sie waren Mitglieder der KPD, der SPD, des Zentrum, der Deutschen Volkspartei und gehörten dem deutschen Reichstag sowie dem preußischen Landtag an. Sie waren gestandene Antifaschisten.

Lehren der Geschichte gefolgt

Der Gründungsaufruf und die Konstituirung des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses entstand nicht wie Phönix aus der Asche sondern als Lehre aus der eigenen Geschichte. Die ersten Gepräche zur Herstellung neuer einheitlicher Klassengewerkschaften wurden schon seit den ersten Maitagen geführt. Hans Jendretzky erinnerte sich, *"Die ersten Fäden knüpften die Kommunisten Roman Chwalek und Paul Walter. Über den Sozialdemokraten Hermann Schlimme, früher Sekretär des Bundesvorstandes des ADGB kam es zu den Kontakten zu Funktionären der Christlichen- und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften.*

Man war sich zwar nicht fremd, aber man gehörte vor 1933 sich bekämpfenden Parteien und unterschiedlichen Gewerkschaftsrichtungen an. Sie hatten auch eine unterschiedliche Sicht über den Untergang der Weimarer Republik und wie es zum 1. Mai und zweiten Mai 1933, zur Zerschlagung der Gewerkschaften kam.

Gründungsaufruf des FDGB bereitet den Weg zu unserem 1.Mai 1946

Hans Jendretzky erinnert sich als Teilnehmer der damaligen Aussprachen, "*...daß wir über einen Punkt im Aufruf ... besonders lange und gründlich diskutieren mussten, über die Ursachen die zu jenem 1. Mai 1933 geführt hatten. Vor allem Kaiser und Lemmer traten ganz hartnäckig dagegen auf, daß im Gründungsaufruf auch auf die kapitilantenhafte Haltung der Führung des ADGB wie auch der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in den ersten Tagen der Hitler-Diktatur des Monopolkapitals und deren Versuche, die freien Gewerkschaften in den Faschismus einzugliedern, eingegangen wurde. Auch die sozialdemokratischen Genossen zögerten, daß in aller Offenheit vor der Arbeiterklasse darzulegen. Es gab eine längere prinzipielle Diskussion, denn es ging darum, die Zustimmung aller Beteiligten für eine annehmbare Einschätzung zu erhalten. Besondere Anstrengungen bedurfte es, zu klären, wie der Aufruf des ADGB zum 1. Mai einzuschätzen war. Es war für uns wichtig klarzustellen und der Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, daß der faschistische Rummel am 1. Mai 1933 der erste Aufmarsch zur Vorbereitung des Krieges war.*

*... **Man einigte sich dann schließlich auf die Feststellung und Festlegung, dass dieser 1. Mai 1933, der schwärzeste Tag in der Geschichte der deutschen Arbeitetbewegung war.** Es war wie gesagt nicht ganz einfach, den Aufruf in der endgültigen Fassung fertigzustellen."*

Die Unterzeichner erklärten im Aufruf: ***"Wir sind überzeugt, dem Willen der Berliner Arbeiterschaft Ausdruck zu geben, wenn wir erklären: Die neuen freien Gewerkschaften sollen unter Zusammenfassung aller früherer Richtungen in ihrer Arbeit eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten werden."***

Befehl Nr. 2 genehmigte aber keine Unternehmerverbände und ...!

Das deutsche Monoplkapital lag nicht nur im Herzen Deutschlands am Boden, In Berlin sezte es jedoch seine restaurativen Hoffnungen auf die Teilnahme der Westmächte an der Besetzung und Verwaltung Stadt. Der Befehl Nr. 2 erlaubte die Gründung antifaschistischer Parteien und Gewerkschaften, aber nicht die Bildung von Unternehmerverbänden. Das war die soziale Komponente des Befehls Nr. 2 zugunsten der Arbeiterklasse. Der Wiederbelebung des Unternehmer Verbandssystems konnte zunächst für ganz Berlin ein Riegel vorgeschoben werden. Das entsprach aber nicht den VorstellungenNach der Westmächte. Sie kamen mit entgegengesetzte Vorstellungen von Demokratisierung und Entmilitarisierung. Ein neuer Krieg, ein "Kalter Krieg" wurde bereits von deren imperialistischen Planungsstäben und führenden Militärs anvisiert. Es mag noch harmlos klingen, als amerikanische Militärs begannen fortschrittliche Veränderungen in einigen Konzern Betrieben der Elektroindustrie wie der Lorenz -AG "zum Schutze amerikanischen Eigentums", rückgängig zu machen. Direktoren aus der Nazizeit und Kriegsgewinnler wurden zum Teil wieder mit ihrer Hilfe eingesetzt.

Als die Westmächte im August 1945 Einspruch gegen die vom FDGB geplante erste Stadtdelegiertenkonferenz erhoben, fand am 23. August 1945 im Villen-Ortsteil Schlachtensee, Bezirk Zehlendorf im amerikanischer Sektor, ein geheimes Treffen von ca 60 Vertretern der frühereren Reichsgruppe Industrie statt. Zu den Wortführern gehörte Regierungsbaurat a D, Dr. Ing. Friedrich Spennrath von der AEG und Dr. Skrotzky. Zu dieser Zeit hatten Arbeiter, Angestellte, Gewerkschafter und Betriebsräte bereits mit der Produktion in deren Betriebe begonnen. Vertreter des Konzernkapitals wollten aber das Tempo der begonnenen Fertigung möglichst verlangsamen. "Wenn nichts produziert wird", so Skrotzky"werden die Herschaften in der Parochialstraße (Sitz des Magistrats und Gründungsort des FDGB) schon zugänglicher werden oder Bankrott machen". Gleichzeitig wurde auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der amerikanischen und britischen Militärverwaltung orientiert, da man dort Herren treffe." mit denen .wir früher die besten Beziehungen unterhielten". Herr Spennrath (1886-1959), Chef der Berliner AEG-Betriebe, stieg 1950, nach der Spaltung, in Westberlin zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer (IHK) und Mitglied des Präsidiums des westdeutschen Bundes der Deutschen Industrie (BDI) auf. Die IHK würdigte am 21.01.1969 in einem Gedenkartikel in ihrer Monatszeitschrift"Die Berliner Wirtschaft": *"Friedrich Spennrath, der Vorsitzender des Vorstandes der AEG war, hat früh die Aufgabe unserer Stadt erkannt."* Schon zu Lebzeiten wurde er von Konrad Adenauer mit dem Großen Verdienstkreuz mit Schulterband ausgezeichnet. Bereits 1945 begann in Westberlin der soziale Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wieder aufzuleben!

Die erste Wirschafts-und Aufbauplanung erfolgte für ganz Berlin

Die Enttrümmerung der Wohnviertel, Häuser, Straßen und Plätze wurden durch wirtschaftspolitische Notstandsprogramme besonders der Industriegewerkschaften IG Metall und- Bau unterstützt. Sie ging einher mit der Abdichtung der Hausdächer und vorwiegenden Verpappung vieler Fenster in Wohmungen und der innerstädtischen Verkehrsmittel.

Als Stadtrat für das Bau-und Wohnungswesen gehörte dem ersten Nachkriegsmagistrat Prof. Dr. Hans Scharoun an. Schon während der Weimarer Republick gehörte er als Architekt zu den Reformern des Städtebaus. In der Zerstörung sah er wuie andere, aber auch neue Möglichkeiten für eine soziale Stadtplanung. Ein Team von Fachleuten wurde unter seiner Leitung gebildet die mit einer zusammenhängenden Planung für ein neues einheitliches Berlin begann. Entsprechende Projekte auf der ersten Bauausstellung im Herbst 1946 im damaligen, nicht zerstörten Teil des Zeughauses vorgestellt Unter den Linden der Öffentlichkeit ausgestellt. Mit der späteren Abspaltung Westberlins, wurde dieser Planungsansatz der für ein einheitliches Deutschland mit Berlin als Hauptstadt stand, zerstört.

Interalliierte Militärkommandantur für Groß-Berlin

Eingedenk der Erklärung der drei Mächte, Union der Sowjetrepubliken, Vereinigte Staaten von Amerika und Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirlnd auf ihrer Konferenz in Teheran vom 1. Dezember 1943 wurde im Londoner Protokoll vom 12. September 1944 festgelegt, dass Berlin von den vier Siegermächten gemeinsam verwaltet werden soll. Als Regierungs-Institutionen waren der Alliierte Kontrollrat für Deutschlend und die Allliierte Kommandantur für Groß-Berlin vorgesehen.

Tägliche Rundschau

Nr. 50 — Zeitung für die deutsche Bevölkerung — Mittwoch, 11. Juli 1945

Initiative!

Es war eine Methode des Hitlerregimes, jede im Volk sich regende Initiative zu unterdrücken. Heute wird es von jedem ehrlichen Deutschen verlangt, daß er von sich aus Anregungen gibt und zu der Erfüllung der großen Aufgabe beiträgt, das von den Nazis hinterlassene Chaos zu überwinden und ein neues demokratisches Deutschland aufzubauen.

Es gibt aber leider immer noch Menschen, denen Hirn sich von der Narkose des Hitlerregimes nicht erholen kann, die an jedem Morgen gleich hypnotisierten Kaninchen hocken und auf Verbote, Anordnungen und Befehle warten, die den Ablauf des Tages und das Programm ihrer Arbeit genau bestimmen sollen. Daneben gibt es die anderen — und das ist die Mehrheit —, die, ob aus körperlich oder geistig schaffen und schaffen, um aus der vom Naziterror hinterlassenen Trümmern eine neue Welt zu bauen.

Wie man es machen, wie man neue Mittel ersinnen und neue Methoden zur Beseitigung der durch Hitler und Konsorten angerichteten Schäden verwirklichen muß, zeigt u. a. das Beispiel der Stadt Leburg östlich von Magdeburg, der wir die 2. Seite unserer heutigen Ausgabe widmen. So wie auch andere Städte und Dörfer Deutschlands hatte Leburg schwer unter den Kriegswirren gelitten, aber seine Bevölkerung hat sich dann sofort zu energischer

Interalliierte Militärkommandantur für Groß-Berlin

Kommuniqué

Die Vertreter der drei Verbündeten Oberkommandos treten sich erstmal in Berlin am 10. Juli, um die Ueberprüfung der laufenden Fragen, die mit der Verwaltung der Gebiete „Groß-Berlin" zusammenhängen, fortzusetzen.

Die Sitzung fand unter dem Vorsitz Marschall Shukowa statt. Generalleutnant Clay und Generalleutnant Weakes vertraten die entsprechenden Oberkommandos der amerikanischen und britischen Streitkräfte. Es wurden zweckmäßige Beschlüsse in einer Atmosphäre völligen gegenseitigen Verständnisses gefaßt.

Die drei Vertreter einigten sich entsprechend der interalliierten Vereinbarung betreffend den Kontrollapparat in Deutschland über die außerordentliche Schaffung einer interalliierten Militärkommandantur — einer interalliierten administrativen Macht für die gemeinsame Verwaltung des Gebietes von „Groß-Berlin".

Die erste Sitzung der Kommandantur wird am 11. Juli stattfinden. Die drei Vertreter beschlossen einstimmig, einen französischen Vertreter als viertes Mitglied der Interalliierten Kommandantur zur Teilnahme an dieser Sitzung einzuladen.

Die Kommandantur wird unter der allgemeinen Leitung des Verbündeten Kontrollrates für Deutschland arbeiten und aus vier Militärkommandanten bestehen, von denen jeder der Reihe nach Oberster Militärkommandant sein wird. Sie werden sich alle 15 Tage abwechseln. Generalobrist Gerbatov wird der erste Oberste Kommandant sein. Der Oberste Kommandant wird von technischem Personal, das die Tätigkeit der Berliner Stadtregierung leitet und kontrolliert wird, unterstützt. Befehle und Verordnungen werden in russischer, englischer, französischer und deutscher Sprache herausgegeben.

Es wurde eine beiriedigende Entscheidung gefunden, um die unerläßlichen Versorgungsprobleme der Zivilbevölkerung Berlins auf der Grundlage der Auslieferung von Lebensmitteln aus allen Besatzungszonen zu lösen.

Auf der gleichen Grundlage wurde eine Lösung des Problems der Versorgung mit Brennstoff erreicht. Auf der Sitzung wurden Vorschläge unterbreitet, um so rasch wie möglich die einzelnen Punkte der interalliierten Vereinbarung über den Kontrollapparat in Deutschland in Anwendung zu bringen.

Berlin, den 10. Juli.

Neues über die Lage in Griechenland

Bunden der faschistischen Organisation „EE" und ihre Anhänger erstreckt.

Am Anfang des neuen Gesetzes wird die Tol-

Truman zur Dreierkonferenz abgereist

Moskau, 10. Juli (TASS). Nach einer Meldung des Washingtoner Reuter-Korrespondenten ist am Montagabend bestätigt worden, daß Präsident Truman auf einem Schiff nach Europa abgereist ist.

An Bord des Schiffes befindet sich ein Stab von politischen und militärischen Beratern.

USA-Blätter billigen Teilnahme der Sowjetunion an der Regelung der Tangerfrage

New York, 10. Juli (TASS). — In ihrem Kommentaren zur Tangerfrage billigten die meisten Blätter nach wie vor die Teilnahme der Sowjetunion an der Regelung dieser Frage.

Der Berichterstatter der Agentur Associated Press, Moskowski, schreibt: „Der Wunsch der Sowjetunion, sich an der Regelung der Tangerfrage zu beteiligen, könne kaum Verwunderung hervorrufen."

Die Londoner Zeitung „Daily Herald" schreibt in einem redaktionellen Artikel, daß das Interesse Rußlands an Tanger seinerzeit anerkannt wurde. 1880 unterzeichnete Rußland den „Vertrag" über die Marokko-Frage, das auch Tanger betrifft. 1905 nahm Rußland an der Konferenz in Algeciras teil. Nach dieser Konferenz wurden die Interessen Rußlands nicht mehr berücksichtigt, und an den späteren Vereinbarungen über Tanger nahmen Vertreter Rußlands nicht teil.

Diesmal erhoben Amerika und die Sowjetunion Anspruch auf Beteiligung an der Konferenz über die Tangerfrage, und die anderen Länder sollten dafür Sorge tragen, daß diese letzten Staaten das zu erzielende Abkommen unterzeichnen.

Truman zur Dreierkonferenz nach Berlin (Potsdam) abgereist

Am glerichen Tage wurde aus Washington bestätigt, daß Präsident Trumen auf einem Schiff nach Europa abgereist sei. An Bord befände sich auch ein Stab von politischen und militärischen Beratern.

II

1946 -- Unser 1. Mai nähert sich

13. Januar 1946: Wiederaufnahme einer politischen Tradition der Arbeiterbewegung

Nach dem Ende des Faschismus wurde es wieder möglich Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Opfer der Novemberrevolution und des Blutmai 1929 auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde die Ehre zu erweisen um Kraft für eine neue bessere Zukunft zu schöpfen. Der Zentralfriedhof in Friedrichsfelde war der erste Friedhof der als nicht konfessionelle kommunale Begräbnisstätte Berlins geplant und am 21. Mai 1881 als "Städtischer Gemeindefriedhof von Berlin" eingeweiht wurde. Eingebürgert hat sich für diesen Friedrichsfelder Friedhof der Name "Sozialistenfriedhof". Er spiegelt deutsche Geschichte, vom Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften bis zum 1. Weltkrieg wieder, Zu den namhaften Persönichkeiten dieser Zeit gehören Wilhelm Liebknecht (1900), Ignaz Auer(1907), Emma Ihrer (1911) und Paul Singer (1911), Franz Mehring und Rosa Luxemburg. Beigestzt wurden Vertreter der ideologisch und organisarisch gespaltenen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien, die Opfer der Novemberrevolution, der folgenden Klassenkämpfe der Weimarer Zeit wie des Blutmai 1929 und des Widerstandes gegen das faschistische Nazisystem sowie den Aktivisten der ersten Stunde. Sie leisteten in der Zeit des Aufbruchs zu einer sozialistischen Gesellschaft in der DDR Bedeutendes. Sie waren es auch die1946 die Tradition des Gedenkens wieder aufnahmen.

Am 13. Juli 1926 hatten zur Einweihung des Denkmals in Friedrichsfelde die Kommunisten Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck gesprochen. Zehn Jahre später zerstörten die Nazis zwischen 1935 und 1941 die von Arbeitern finanzierte und von dem Architekten Mies van der Rohe gestaltete Erinnerungsstätte. 1946 erfolgte das Gedenken vor einer symbolischen Nachbildung aus Holz und Stoff des 1926 enthüllten Denkmals statt. Am 13. Juli 1926 sprachen zur Einweihung des Denkmals der Parteivorsitzende der KPD Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck. 1946 ergriff Wilhelm Pieck, anstelle des ermordeten Thälmanns, diesmal als Vorsitzender der KPD, das Wort. Er stimmte die Teilnehmer des Gedenkens auf die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ein:

"Vor dem Willen zur Einheit treten all unsere bitteren Erinnerungen aus unseer Vergangernheit zurück. Niemals sollen sich Kommunisten und Sozialdemokraten gegenüberstehen oder voneinander unterscheiden. Über diese Grabstätten hinweg reichen wir uns als Symbol für ein ganzes Volk die Hand."

Quelle: Deutsche Volksteitung, 15. Januar 1946.

13. Januar 1946: Vor einem Nachbau des Revolutionsdenkmals aus und Stoff spricht Wilhelm Pieck

Wilhelm Pieck hatte am 6. Dezember 1945 zusammen mit dem Lichtenberger Bürgermeister die Erinnerungstätten der Kommunisten und der Sozialdemokraten in Friedrichsfelde besucht, um für die Sitzung des Magistrats am 17. Dezember einen Beschluss von überregionaler Bedeutung für die Traditionspflege vorzubereiten. In ihm erklärte es der Magistrat zu seiner *"selbstverständlichen Pflicht die Erinnerungsstätten an die Vorkämpfer der Demokratie in einen würdigen Zustand zu bringen und in die Obhut des Magistrats zu übernehmen".*

1.*Die Gedenkstätte der im Jahre 1848 gefallenen Barrikadenkämpfer und der historische Revolutionsfriedhof von 1848 im Friedrichshain wird zu einer Gedenkstätte ausgebaut.*

2. "Die von der Naziregierung planmäßig zerstörte Grabstätte von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und den gemeinsam mit ihnen 1919 gefallenen und ermordeten kommunistischen Freiheitskämpfern und das von deutschen Arbeitern errichtete Denkmal auf dem Friedhof in Friedrichsfelde werden in ihrem ursprünglichen Zustand wiederhergestellt.
3. Die Grabstätte der sozialdemokratischen Führer auf dem Friedhof von Friedrichsfelde wird in einen würdigen Zustand gebracht. Alle drei Grasbstätten werden in die Obhut der Stadt Berlin übernommen."

Siehe: Wetzel, Jürgen: Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Groß-Berlin 1945/46, Teil VI ,Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin Bd. 2 Teil 1, Berlin Spitz Verlag GmbH, 1995.

Der Berliner Autor Heinz Knobloch erinnert in seinem Roman "Berliner Grabsteine" (Seite 9) was Wilhelm Pieck bei seinem Besuch der von zerstörten Gedenkstätte erlebte. *"Dort lagen, ehe ihre sterblichen Überreste umgegraben wurden, seine Gefährten. Erschüttert stand er am Sarg von Franz Mehring, der als einziger durch einen Zufall unzerstört geblieben war. Von Liebknechts metallenem Sarg war noch ein Griff vorhanden. Trotz alledem, Wilhelm Pieck zeichnete eine Skizze für den Neubau einer Gedenkstätte, entwarf den Stein mit der Inschrift 'Die Toten mahnen uns' und sprach zur Einweihung am Tor zum Friedhof."*

Diese Einweihung der jetzigen Anlage erfolgte am Sonntag, dem 14. Januar 1951.

Erste Berliner Stadtkonferenz des FDGB

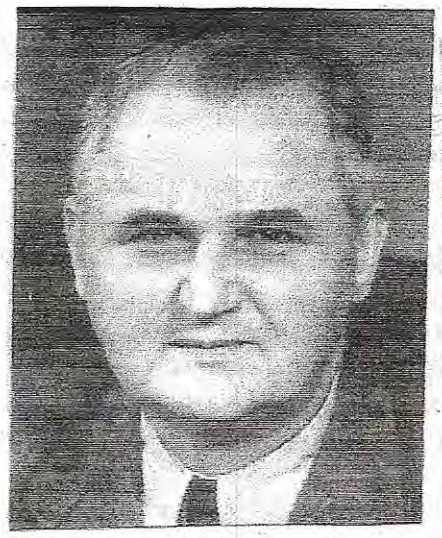
Berlin wurde Anfang Februar 1946 Austragungsort der ersten Stadtdelegiertenkonferenz und der Ersten allgemeinen Delegiertenkonferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes für das sowjetisch besetzte deutsche Gebiet vom 9.-11. Februar 1946.

Nach zwölfjähriger Herschaft des Faschismus tagte das erste Berliner Gewerkschafts-parlament im Admiralspalast in der Friedrichstraße.

Die anwesenden 596 von 605 gewählten Delegierten verkörperten die Gewerkschaftseinheit der Arbeiter und Angestellten gegenüber der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung vor 1933. Wie beim Fussballspiel die Tore entscheiden, so ist für die Beurteilung einer erfolgreichen Gewerkschaftstätigkeit die Mitgliederentwicklung. Bereits im Oktober 1945 verzeichnete der FDGB 140 000 Mitglieder. Bis Ende 1945 hatte sich die Mitgliederzahl fast verdoppelt und auf 274 695 erhöht. Die 605 Delegierten der ersten Stadtdelegiertenkonferenz wurden von etwa 5 000 Delegierten der 20 Berliner Bezirksdelegiertenkonferenzen am 27. Januat 1946 gewählt. Diese Delegierten bildeten den Kern der sich zur Aktionseinheit bekennenden Kommunisten und klassenbewussten Sozialdemokraten. Ausdruck ihres einheitlichen Strebens war auch der Verzicht auf eine Parteienkennzeichnung der zu wählenden Kandidaten. So setzte sich die Wahl aktiver, zur Gewerkschaftseinheit stehender Gewerkschafter, mit großem Erfolg durch.

Die Wahl des ersten Vorstandes des FDGB Groß-Berlin, seine Zusammensetzung und die Bereitschaft Willi Lehmanns, IG Bekleidung seinen Sitz im Vorstand zugunsten der Kollegin Amman zur Verfügung zu stellen, sie kam von den christlichen Gewerkschaften, beindruckte alle Delegierten. Ernst Lemmer erkläre demonstrativ, dass es sich hier um einen Akt der Solidarität handle wie er eindrucksvoller in diesem Moment nicht gegeben weren könne. Es sei ihm ein Bedürfnis sowohl im Namen seines Freundes Jakob Kaiser und der ihm nahestehenden Gruppe, dem Kollegen Lehmann und seinen Freunden zu danken. So dann hob Lemmer hervor, auf der Konferenz habe es keine Mehrheit gegeben, ihre eigene Willensbildung einer stärkeren Minderheit hätte aufzwingen wollen, ebenso wie die anderen Gruppen der SPD, so habe auch der KPD das Gemeinsame über alles gestellt. Der Stadtkonferenz lagen mehere Anträge voraus gegangener Berliner Bezirksdelegiertenkonferenzen vor, in denen die Vereinigung der beiden Arbeiterparteienr, noch vor dem 1. Mai befürwortet wurde.

Die Unterzeichner des Gründungsaufrufes des FDGB Groß-Berlin, Roman Chwalek und Hermann Schlimme wurden als erster und zweiter Vorsitzender gewählt.



Erste persönliche Kontakte zum Weltgewerkschaftsbund

Zwei Tage nach der Stadtkonferenz fanden erste persönliche Gespräche mit führenden Vertretern des Weltgewerkschaftsbundes, WGB, statt. Sie gehörten der ersten Studienkommission des WGB in Deutschland an. Sie sollten sich im Auftrage der Gründungskonferenz des WGB, einen exakten Überblick über den Stand der antifaschistisch-demokratischen Unmgestaltung Deutschlands und dem Aufbau neuer freier deutscher Gewerkschaften verschaffen. Dieser Kommission gehörten leitende Vertreter des Weltgewerkchaftsbundes an. Sie waren in ihren Ländern Vorsitzende oder Sekretäre vereinigter gewerkschaftlichen Organisationen wie der britischen TUC, der französischen CGT und den sowjetischen Gewerkschaften. Sie sollten sich in der Zeit vom 30. Januar bis 19. Februar 1946 in den vier Besatzungszonen und in Berlin umsehen, Aussprachen mit Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten sowie Vertretern der Militärregierungen führen und Material zu dem oben genannten Studienauftrag für die weiteren Beratungen im WGB zusammentragen. Diese Besprechung fand in den Räumen der Berliner Alliierten Kommandantur der vier Besatzungsmächte am Kleistpark in Berlin Schöneberg statt. Eine zweite Untersuchungskommission folgte im Februar 1947, vor der dritten Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften in Berlin. Sie fand im Hause des FDGB in der Wallstraße am Märkischen Ufer an der Spree im Berliner Bezirk Mitte statt.

Hans Jendretzky berichtete, dass aus einem vorhandenen Protokoll dieser denkwürdigen Aussprache ersichtlich ist, dass die Überreichung der Mappen mit den ausführlichen Arbeitsmaterialien der ersten Stadtdelegiertenkonferenz des FDGB Groß-Berlin die Mitglieder der Studienkommission überraschte. Sie hatten bis zu ihrem Eintreffen in Berlin, vom Stattfinden dieser Konferenz noch keine Kenntnis gehabt. Die Mappen mit den Arbeitsmaterialien lieferten ihnen Stoff für eine Vielzahl von konkreten Fragen. Sie wurden in der Nachmittagssitzung gestellt und beantwortet.

Hermann Schlimme hatte es zuvor übernommen, die Mitglieder des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses und damit die Mitglieder des erstmalig gewählten Stadtvorstandes des FDGB Groß-Berlin vorzustellen:

"Sie sehen hier Männer vor sich, die durch eine harte, gewerkschaftliche Schule gegangen sind, und die für ihre Standhaftigkeit in den Jahren der Hitler-Herrschaft in Gefängnisse, Zuchthäusern und Konzentrationslagern geschmachtet haben. So mancher von ist nicht wiedergekommen, sie bezahlten ihr Bekenntnis und ihren Kampf für die Freiheit und

Demokratie gegen den Hitler-Terror und die Kulturschande der Nazis mit ihrem Leben. Ich will in diesem Zusammenhang nur den Namen Wilhelm Leuschner nennen."

Rückblickend hob Hans Jendretzky hervor, dass beide Delegationen zu dem Schluß gekommen seien, dass man in den vier Besatzungszonern sowie in den vier Sektoren Berlins die Potsdamer Beschlüsse unterschiedlich realisierte, die Entnazifizierung mit unterschiedlicher Energie betrieben habe und demzufolge die Ergebnisse stark voneinander abwichen.

Die Zeitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes "Die Freie Gewerkschaft" berichtete am 23. März 1946 in ihrer Aufmachung auf Seite 1, gestützt auf die Reuter-Agentur, die Kommission des Weltgewerkschaftsbundes die im Februar die vier Besatzungszonen Deutschlands besuchte, habe die Notwendigkeit einer vollständigen Entnazifitierung betont. Diese Entnazifizierung müsse selbst vor den Erfordernissen der deutschen Wirtschaft der Vorrang gegeben werden. Vor allem sei eine rasche Entnazifizierung der Industrie von der Direktion an der Spitze bis zu dem aufsichtsführenden Angestellten notwendig. Ferner müsse vor allem die wirtschaftliche Basis des Junkertums vernichtet werden. Gleichzeitig hob die WGB-Kommission die Veranrwortung der Gewerkschaften bei der Umerziehung des deutschen Volkes hervor.

Die ersten Impulse für eine beschleunigte Entwicklung einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung gingen von der internationalen gewerkschaftlichen Vorkonferenz im Februar 1945 in London zur Vorbereitung des Gründungskongesses des Weltgewerkschaftsbundes im September/Oktober 1945 in Paris aus.

Zwischen diesen beiden Tagungen erfolgte am 15. Juni 1945 mit der Unterzeichnung des Aufrufes des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschuss für Groß-Berlin die Gründung des FDGB. Im Aufruf wird zur internationalen Verantwortung der deutschen Gewerkschaften erklärt, dass ihre Arbeit Gewähr sein soll für die Wiedererweckung des Vertrauens der Völker.

Die Unterzeichneten haben einen Ausschuß zum Wiederaufbau freier, demokratischer Gewerkschaften für Groß-Berlin gebildet. Wir sind überzeugt, dem Willen der Berliner Arbeiterschaft Ausdruck zu geben, wenn wir erklären:

Die neuen freien Gewerkschaften sollen unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine

Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten

werden.

Ihre Aufgabe ist vor allem, mitzuhelfen bei der Neugeburt unseres Volkes und bei der Heilung der Wunden, die der unselige Hitler-Krieg der Welt geschlagen hat. Die Arbeit der deutschen Gewerkschaften soll Gewähr sein für die Wiedererweckung des Vertrauens der Völker. Sie sollen mithelfen, ein demokratisches Deutschland, das in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern leben will, zu schaffen. Durch ehrliche und angestrengte Arbeit am Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung des in anderen Ländern Zerstörten wollen sie mitwirken, das Vertrauen der andern Völker wiederzugewinnen.

Der Ausschuß wird die gewerkschaftlichen Grundsätze ausarbeiten und sie mit dem internationalen Gewerkschaftskomitee Uebereinstimmung bringen.

Am 24. September 1945 beschloss der Vorbereitende Gewerkschaftsausschuss für Groß- Berlin ein Begrüßungstelegramm an den Gründungskongress des WGB zu übermitteln. Es enthielt zugleich die Bitte um Zulassung von Roman Chwalek, Hermann Schlimme und Jakob Kaiser als Beobachter. Da der interzonale und internationale Postverkehr erst ab November 1945 zugelassen war, wurden die Stabschefs in der Berliner Alliierten Kommendantur um Übermittlung des Telegramms nach Paris gebeten.

Erste zentrale Delegiertenkonferenz des FDGB für die damalige sowjetische Besatzungszone

Der erste FDGB-Kongress tagte eine Woche nach der ersten Stadtdelegiertenkonferenz Groß-Berlin, vom 9. bis 11. Februar 1946 im damaligen Admiralspalast am S-Bahnhof Friedrichstraße.

Aus den fünf Ländern der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands waren 1019 stimmberechtigte Delegierte anwesend. Aus Berlin nahmen 150 Gastdelegierte an der Konfernz teil. Der Konferenzverlauf rspiegelte den erfolgreichen Weg zur stärksten deutschen Organisation des arbeitenden Volkes, mit seinen Höhen, aber auch mit seinen Schwächen und Differenzen, aber mit Aufbruchstimmung wieder.

Der AEG Konzern war auch im sowjetischen Sektor Berlins bereits erheblich angeknackt. Das brachten gleich vier Diskussiondredner auf dem Bundeskongress des FDGB aus der sowjetischen Zone und aus den Westsektoren Berlins zum Ausdruck. Kollege Hyrten Telefunken, begrüsste den Kongress im Namen der 1 200 Arbeiter und Angestellten der beiden Telefunkenbetriebe in den Bezirken Tiergarten und Schöneberg. Er stellte fest, dass sie noch zum AEG-Konzern gehörten und vom ehemaligen Wehrwirtschaftsführer Dierektor Schwab (im Saal Unruhe und Zurufe) geleitet werden. *"Wir wissen wie sehr die Konzernherren Bücher, Wendel, Koehn, Spennrath und Schwab schuldig sind am faschistischen Raubkrieg und an der Katastrophe in die das deutsche Volk gestürzt wurde. ...*
Wir erwarten von der Konferenz, dass sie auch Beschlüsse fasst über die Zerschlagung der Konzerne und die Entfernung der Kriegsinteressenten, Nazis und Militaristen aus den führenden Stellungen der Industrie und dass dem deutschen Volk klar gezeigt wird, dass wir ihm den einzigen Weg weisen, der zum Aufbau und Frieden führt."
Kollege Wilhelm, AEG-Turbine Tiergarten, fügte unter Beifalll hinzu:
*"Wir wünschen aber auch die Einheit der Gewerkschaften und darüber hinaus die balduge Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Wir wünschen, dass bereits der **1. Mai 1946** zu einer machtvollen Kundgebung der vereinigten deutschen Arbeiterparteien werden wird".*
Das Ergebnis der Aussprache, so Hans Jendretzky, lasse sich in dem einzigen Wort *EINHEIT* zusammenfassen.
"Es ist das Wort, das Lasalle einmal sprach bei einer Arbeitstagung zum Beginn der ersten Arbeitervereine Deutschlands, wo er sagte, dass die Arbeit der Fels sei, auf dem die Kirche der Zukunft errichtet wird. Ich möchte abwandelnd sagen; die EINHEIT ist der Fels, auf deem die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse ruht."
Gewählt wurden: der Bundesvorstand mit 45 Mitglieder, darunter die drei Vorsitzenden und sein geschäftsführender Vorstand mit 12 Mitglieder. Als Vorsitzende wurden einstimmig: gewählt: Jendretzky, Hans 1.Vorsitzender; Göring, Bernhard 2.Vorsitzender und Lemmer, Ernst 3. Vorsittzender.

Hans Jendreizky

Bernhard Göring

Ernst Lemmer

Im Mittelpunkt der Beschlussfassung standen der Beschluss "Sichert die Einheit in den Betrieben. Grundsätze und Aufgaben des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes", "Aufgaben und Rechte der Betriebsräte", die vorläufige Satzung, Zum Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg, zu den Forderungen der Jugend, zur Liquidierung der Großbanken , zur Einheit in Stadt und Land.

Die Delegierten der Konferenz übermittelten im Namen der der Millionen Gewerkschaftsmitglieder der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands dem Zentralkomitee der KPD, und deem Zentralausschuss der SPD brüderliche Grüße. Die Delegierten begrüßten die schnellste Verwirklichung der *Verschmelzung* der beiden Arbeiterparteien als leuchtendes Beispiel für die ganze deutsche Arbeiterklasse.:

"Nachdem der 1. Mai 1933 zur schwersten Niederlage der deutschen Arbeiterklasse wurde, soll der erste Mai 1946 zum Siegestag gegenüber der Reaktion zum Tag der verschmelzung der beiden Arbeiterparteien zu einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei werden.

Die Delegierten der ersten Zonenkonferenz schlagen als Tag der Wiedervereinigung der beiden Arbeiterparteien den internationalen Feiertag der Arbei, den 1. Mai vor."

Erste Nachkriegsausstellung zeugte vom Aufbauwillen und städtebaulichen Zukunftsvorstellungen

Am 23. Januar 1946 wurden im noch erheblich zerstörten Zeughaus, dem heutigen Museum für Deutsche Geschichte die Ausstellung *"Berlin baut auf"* eröffnet. Da noch keine gesmtberliner Planung trotz einheitlichen Magistrat zugelassen war, erstreckte sich ihr Spektrum auf die avht Bezirke des sowjetischen Sektors. Die erste städtebauliche Neuplanung stand unter Leitung von Prof. Dr. Hans Scharoun. Bereits im Mai 1945 wurde er von Bersarin zum Stadtrat und Leiter der Abteilung Bau-und Wohnungswesen berufen.

18. März 1946 Kundgebung Märzfriedhof: "Brüder in eins nun die Hände"

Nach 12 Jahren Unterbrechung durch die Naziherrschaft läuten die "Märzen Glocken" wieder. 1946 fanden in Berlin im Vorfeld der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und des 1. Mai zwei Veranstaltungen zum Gedenken der Märzrevolution von 1848 und Ehrung ihrer Opfer statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung der SPD in der Staatsoper standen Ansprachen der Vertreter beider Arbeiterparteien, die von Otto Meier, Zentralausschuss der SPD und von Fred Oelsner, Zentralkomitee der KPD. Otto Meier führte zum Verlauf der Märzrevolution aus:

"Was sich bald darauf abspielte, klingt wie eine düstere Mahnung in die Jetztzeit hinein: der Zerfall der Einheit der Kämpfer, der feige Bruch, das Auseinanderjagen des ersten demokrati-schen Parlamentes mit Waffengewalt und die Verfolgung der Revolutionäre. Die Tatsache das später das Bürgertum materieller Vorteile zuliebe alle demokratischen Ideale über Bord warf, offenbarte die klare Klassenscheidung zwischen Proletarist und Bürgertum. Und von nun an blieb es der deutschen Arbeiterklasse vorbehalten, für das Erbe der Revolutionäre zu kämpfen." Fred Oelsner betonte aus den zwei Revolutionen in Deutschland lernen zu müssen:

"Waren wir doch Zeugen der grausamen faschistischen Tyrannei, die möglich war, weil die Revolutionen von 1848 und 1918 nicht siegten. Heute muss es uns gelingen die wahre Demokratie zu erkämpfen."

In Friedrichshain kam es zur Bündelung der Kräfte der KPD, SPD und FDGB. Sie riefen für den 17. März zu einer gemeinsamen Kundgebung an den Gräbern der Märzgefallenen auf.

Am Mikrophon Erwin Butte, Kreisvorsitzender der KPD, daneben mit Hut, Willi Schwarz, Kreisvorsitzender der SPD, dahinter vor dem Baum Waldemar Schmidt, Landesvorsitzender der KPD, davor Erich Bürig, Bundesvorstand des FDGB.

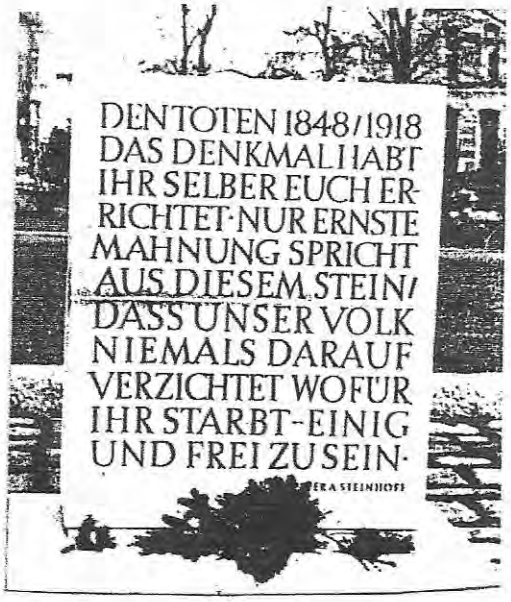
Tausende Friedichshainer wurden von namhaften Befürwortern der Vereinigung beider Arbeiterparteien und Gewerkschaften begrüßt: Von Willi Schwarz, Vorsitzender der SPD Friedrichshain; Erwin Butte, Kreisvorsitzender der KPD; Erich Bührig, Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB und Waldemar Schmidt, Landesvorsitzender der KPD Berlin.

Unter jubelnder Zustimmung teilte Willi Schwarz den Teilnehmern der Kundgebung mit:

"Der Kreisvertretertag der SPD des Bezirks Friedichshain hat mit 128 gegen 11 Stimmen die Vereinigung der KPD und SPD beschlossen. Gemäß diesem Beschluss fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder auf, geschlossen der Sozialistischen Einheitspartei beizutreten."

Vornehmlich Anhänger der von Franz Neumann (Reinickendorf) angeführten Berliner Gegner einer Vereinigung, kritisierten unmittelbar danach die Nichterwähnung von einigen Stimmenthaltungen. Das Schlusswort sprachen dann schließlich die Friedrichshainer Sozialdemokraten auf ihrer Vollversammlung mit schätzungsweise 2 500 bis 2 800 Mitglieder am 27. März 1946 im Friedrichsstadtpalast mit ihrem Beschluss bei acht Gegenstimmen, für die sofortige Fusion beider Arbeiterparteien. Norbert Podewin fügte in einem Vortrag "Vereinigung oder Vereinnahmung" hinzu: *"Man geht noch weiter (in der Vollversammlung)) und lässt einen zweiten Antrag abstimmen, in dem es heißt: Nachdem die Mitgliederversammlung des Kreises Friedrichshain sich für die sofortige Vereinigung ausgesprochen hat, wird eine Urabstimmung nicht für erforderlich gehalten."* Im übrigen musste ein Neuaufnahmeantrag ausgefüllt werden um Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu weren.

Die Kundgebung wurde mit dem gemeinsamen Gesang des Liedes der Arbeiterbewegung bendet *"Brüder zur Sonne zur Freiheit, Brüder zum Lichte empor, Hell aus dem Dunklen Vergangnen leuchtet die Zukunft hervor"*.



Zur Gesetzgebung des Alliierten Kontrollrates im Vormai 1946

Die oberste Gewalt lag in Deutschland nach der bedingungslosen Kapitulation in den Händen des Alliierten Kontrollrates. Er übte seine gesetzgebende Tätigkeit mit Proklomationen, Gesetzen und Befehlen aus. Seine erste Sitzung fand am 30. Juli 1945 in Berlin, während der Potsdamer Konferenz statt. Zu den ersten Gesetzgebungsakten gehörte die Aufhebung von Nazigesetzen. In Berlin wurde die dem Kontrollrat untergeordnete Alliierte Kommandantur bereits Anfang Juli 1945, nach Eintreffen der westlichen Besatzungsbrigaden in der Stadt tätig. Diese Alliierten Gremien übten Gesetzeskraft über das gesamte politische, wirtschaftliche und das zivile Leben aus. Wie aus dem Kommunique über die erste Sitzung im neuen Jahr am 8. Januar 1946 hervorging, fand sie unter Vorsitz des britischen Kommandanten, Generalmajor Nares statt. Ferner waren anwesend der französische Kommandant, General de Beauchesne, der sowjetische Kommandant, Generalleutnant Smirnow, und der amerikanische Kommandant,

Generalmajor Barker. Die Kommandanten genehmigten gewisse Abänderungen der Lohntabelle für die bei den Alliierten Militärbehörden Beschäftigten Zivilpersonen und die Liste der gesetzlichen Feiertage für das Jahr 1946, mit dem "Maifeiertag". An diesen gesetzlichen Feiertagen wird Arbeitsruhe, ausgenommen für lebenswichtige Arbeit, herrschen. Falls einer dieser Feiertage auf einen Wochentag fällt, sind normale Lohnsätze für die dadurch ausgefallenen Arbeitsstunden zu zahlen. Damit wurde auch bereits der 1. Mai 1946 ein bezahlter gesetzlicher Feiertag.

Zur **Regelung der Arbeitszeit** wurde vom Kontrollrat die 26. Direktive am 28. Januar 1946 erlassen. Der Kontrollrat ordnete bereits im ersten Punkt an: *"Die deutschen Behörden werden sofort die Einführung des regelmäßigen Achtstundenarbeitstages oder der regelmäßigen 48-Stunden Arbeitswoche für alle Arbeitnehmer in Angriff nehmen."* Zur Durchführung dieser Direktive wurden begrenzte Ausnahmemöglichkeiten genannt und die Zahlung von Überstundensätzen für geleistete Überstunden verfügt. Gewerkschaften und anderen anerkannten Arbeitnehmervertretungen erhielten die Möglichkeit mit den Arbeitgebern oder etwa bestehenden Arbeitgeberverbänden über die Angleichung der Arbeitszeit entsprechend den genannten Ausnahmemöglichkeiten zu verhandeln.

Der Kontrollrat verabschiedet das "Deutsche Arbeitsgerichtsgesetz".

Im Artikel XI wurde zu Berlin bestimmt: "Die Alliierte Kommandantur wird hiermit beauftragt, geeignete Maßnahmen für die Errichtung von Arbeitsgerichten in Berlin in Übereinstimmung mit den in diesem Gesetz festgelegten Grundsätzen zu treffen. (Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaldokumente dieser Gesetze sind von V.Sokolowskij, General der Armee, Lucius D. Clay, Generalleutnant, Montgomery of Alamein, Feldmarschall, und I. Koeltz, Armeegeneral, unterzeichnet.)"

Alliierter Kontrollrat beschließt als 22. Gesetz das Betriebsrätegesetz

Schließlich wurde das von den deutschen Gewerkschaften dringend erwartete Betriebsräte Gesetz Nr. 22 (BRG) zur Bildung und Tätigkeit der Betriebsräte, vom Alliierten Kontrollrat am 10. April 1946 verabschiedet. Es hatte auch für Betriebsräte Geltung, welche bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, gebildet wurden.

F.D.G.B
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
BERLIN C2, WALLSTRASSE 61-65

Schulungs- und Informationsmaterial
Juli/Mai 1946 / Ausgabe Nummer 10

Das Betriebsrätegesetz

Aus dem Inhalt:

Vorwort 3
Text des Gesetzes Nr. 22: Betriebsrätegesetz . . . 7
Richtlinien über die Zusammensetzung der Betriebsräte und die die Durchführung der Betriebsratswahlen 10
Muster einer Geschäftsordnung für Betriebsräte 17
Richtlinien betreffend die vom Unternehmer dem Betriebsrat zu unterbreitenden Unterlagen und zu gebenden Berichte 20
Richtlinien über Einstellung, Kündigung und Versetzungen von Arbeitern und Angestellten 22
Richtlinien betr. Regelung von Akkordarbeitsverhältnissen . . . 34

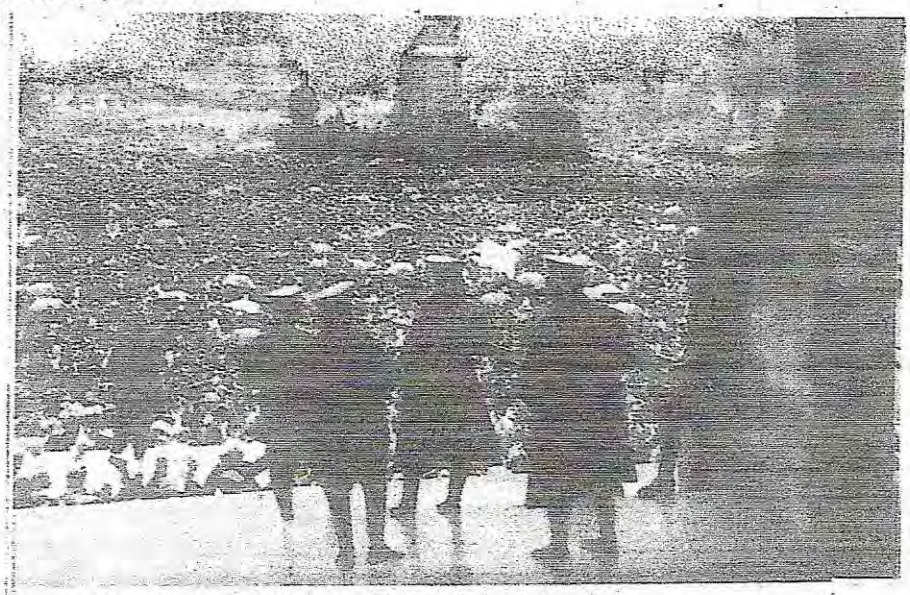
Was für den Jugendvertrauensmann in Groß-Berlin!

Der Bundesvorand des FDGB beschäftigte sich am 29. April 1946, mit dem Betriebsrätegesetz des Kontrollrates und seiner Umsetzung. Die kommenden Monate hatten es in sich. Während die Wahlen in den Einzelgewerkschaften zu Ende geführt wurden, mußte unmittelbar Kurs genommen werden auf die ersten Betriebsrätewahlen nach dem Kontrollratsgesetz, auf die Volksabstimmung zur Enteignung der Konzernherren und Kriegsgewinnler sowie Naziaktivisten am 30. Juni 1946 in Sachsen. Gleichzeitig beschäftigte sich der Bundesvorstand mit den Ergebnissen der ersten interzonalen Gewerkschaftsbesprechung in Frankfurt (Main) und der Teilnahme verschiedener Einzelgewerkschaften des FDGB an den ersten interzonalen Gewerkschaftskonferenzen der Industriegewerkschaften. Die genannten Beratungen und Konferenzen mündeten schließlich noch im November 1946 in die von Louis Saillent, Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), eröffnete erste Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften in Mainz.

Zur Protestbewegung gegen das Betriebsrätegesetz von 1920

Während das erwartete Betriebsrätegesetz des Alliierten Kontrollrates in allen vier Besazungszonen und in Berlin allgemeine Zustimmung in den Gewerkschaften fand, demonstierten 26 Jahren zuvor, am 13 Januar 1920, vor dem Deutschen Reichstag Zehntausende Gewerkschafter "gegen die Verwässerung des Rätegedankens" im vorgelegten Entwurf des ersten deutschen Betriebsrätegesetzes.

Zum Protest aufgerufen hatten vor allem der IG Metall, einflußstarke Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), die noch junge Kommunistische Partei Deutschlands (KPD- Spartakusbund)), die Betriebsrätezentrale (BRZ) und die Revolutionären Obleute. Sie wollten ein Betriebsrätegesetz dass dien Betriebsräten ermöglicht die Grundßideen der Rätebewegung zu verkörpern. Sie forderten ein reales Mitbestimmungsrecht, ein volles Kontrollrecht über die Wirtschaftsführung um den Weg frei zu machen zur Befreiung von den Fesseln des angeschlagenen Großkapitals und nicht einen Aufguss des Stinnes-Legien-Vereinbarung um die Existenz des Großkapials zu gewährleisten. Der Fortsetzung der im 1. Weltkrieg geborenen Burgfriedenspartnerschaft sollte der Weg versperrt und nicht geöffnet werden. Sie befanden sich auch im Geichklang mit der Berliner Gewerkschaftskommission (Vorstand). Sie hatte in einer Entschließung festgestellt: *"Der gesamte Gesetzentwurf stellt den Versuch dar, die ins Wanken geratene Betriebsdespotie der Unternehmer wieder herzustellen und die Weiterentwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf Kosten und zum Schaden des Volksganzen sicherzustellen."*



Kurz vor dem Feuerüberfall der preußischen Sicherheitswehr auf die Teilnehmer der Kundgebung gegen das reaktionäre Betriebsrätegesetz vor dem Reichstag, 13. Januar 1920

Am 13. Januar1920- Blutbad vor dem Reichstagsgebäude, der "Herzkammer der Demokratie"

Die Proteskundgebung auf dem Königsplatz vor dem Reichstagsgebäude, dem heutigen Gebäude des Deutschen Bundestages, wurde blutig auseinander getrieben. Die Sicherheitswehr des Hauses, durchsetzt mit konterrevolutionären "Freikorps-Leuten", richtete ein Blutbad an. 42 Demonstranten wurden kaltblütig erschossen und 105 zum Teil schwer verwundet. Zu veratworten hatten den Schießbefehl der General Walther Freiherr von Lüttwitz. Zwei Monate später war er der militärisch führende Kapp-Putschist. Auch der Historiker Bernt Engelmann lässt in seinem 1984 herausgegebenen Buch "Vorwärts und nicht vergessen" keinen Zweifel daran, dass die Verantwortung für den Schie0befehl des Generals Lüttwitz der Reichswehrminister Gustav Noske und der preußische Innenminister Wolfgang Heine trugen.

preußische Innenminister Wolfgang Heine trugen. Gustav Noske hatte im Dezember 1918 von sich gesagt, "einer muß der Bluthund sein." Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und viele aufrechte November-Revolutionäre gehörten fasst zum gleichen Zeitpunkt zu den Ermordeten. Die vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert geforderte Aufklärung des Verbrechens vor dem Reichstag, fand nicht statt. Statt dessen wurde von ihm der Ausstand ausgerufen und Gustav Noske beauftragt in Preußen für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Zwei November-Abkommen hatten es zuvor in sich

In den ersten Tagen der Revolution kam es zu zwei November-Verinbarungen die den Weg von einer Räterepublick hin zu einer bürgerlich- parlamentarischen Republik geebnet haben. Was damals bedeutete, der Kaiser ging und die Generale blieben, es blieb aber auch die bürgerlich-kapitalistische Wirtschaftsordnung. Die erste, war eine militärische , zwischen Friedrich Ebert, Leiter des sechsköpfigen Rates der Volksbeauftragten und dem Generalquartiermeister Generalleutnant Groener und die zweite Vereinbarung erfolgte zwischen Legien ind Stinnes, zwischen Arbeit und Kapital.

Ebert-Groener-Abkommen

Das erste Abkommen wurde am 10. November 1918, einen Tag nach Beginn der Revolution mit deem Vertreter der obersten Heeresleitung abgeschlossen,
Der Generalfeldmarschall Hindenburg und sein Stabschef Ludendorf hatten ja bereits der Obersten Heeresleitung (OHL) ade gesagt. Was mit diesem Pakt bezweckt wurde sagte Groener im "Dolchstoß Prozess" 1925, im Zeugenstand vor Gericht aus; "*Der Zweck, unseres Bündnisses, das wir am 10. November abends abgeschlossen hatten, war die restlose Bekämpfung der Revolution und die Wiedereinsetzung einer geordneten Regierungsgewalt, Stützung dieser Regierungsgewalt durch die Truppe und die baldige Einberufzng einer Nationalversammlung.*"

Friedrich Ebert (1871-1925)

General Wilhelm Groener (1867-1939)

Foto: Regionale Gewerkschaftsblätter fürNiedersachsen, Sachsen-Anhalt und Braunschweig s

Dieses, wie das folgende sogenannte Stinnes-Legien-Abkommen, wurden in der ersten Revolutionswoche abgeschlossen. Die Revolution hatte erfolgreich begonnen. Der Kaiser, Oberhaupt der Hohenzollern Dynastie, war gestürzt. Er konnte sich aber der Verantwortung entziehen und sich ins holländische Exil begeben. Der vom "Arbeiter-und Soldatenrat von Berlin" ausgelöste Generalstreik wurde von der Arbeiterklasse total befolgt: Alle Räder standen still, weil ihr starker Arm es wollte." Der Kronprinz Max von Baden, seit Ende September 1918 anstelle des zurück getretenen Kanzler, Chef einer reformierten Übergangsregierung. Sie war reformiert worden um die Revoltution zu verhindern. Die Mehrheits-Sozialisten um Ebert und Burgfriedens- Gewerkschafter um Legien wurden an der Regierung durch Minister, Staatssekretäre und weiteren Mitarbeitern beteiligt. Das Ende des Kaiserreuiches vor Augen wurden auch bürgerlichhe national konservative Parteien des neu formierenden Parteiensystems berücksichtigt. Einen Monat später sah sich Max von Baden, angesichts der revolutionären Entwicklung am 9. November gezwungen, die immer noch kaiserliche Reichskanzlerschaft auf Ebert, mit dessen Einwilligung, zu übertragen. Der frisch gekürte Reichskanzler Ebert wurde sodann umgehend der Volksbeauftragte Ebert, der den sechsköpfigen Rat der Volksbeauftragten gemeinsam mit Hugo Haase USPD leitete. Phillipp Scheidemann rief die freie Republik aus. Für sie wurde keine Revolution mehr grbraucht

sondern Wahlen zur Weimarer Nationaslversannlung. Von der dann im Januar 1919 tatsächlich gewählten Nationalversammlung, wußten die Akteure zum Jahreswechsel aber noch nicht, dass sie es vorziehen mussten deren Konstituierung nicht in der revolutionären deutschen Hauptstadt Berlin vornehmen würden, sondern dazu in das Thüringische Weimar flüchten würden. Eigentlich entsprach das einer preußischen Tradtion. Das Königreich Preußen wurde 1702 in Königsberg, Ostpreußen konstituiert. 1871 erhielt der preußische König Wilhelm I. seine Kaiserkrone von den deutschen Fürsten im Ausland, in Versailles bei Paris, im besiegten Frankreich aufgesetzt. Zwei Jahre nach Weimar folgte 1920 flüchtete der Präsident Ebert mit seine Regierung, diesmal vor den konterrevolutionären Kapp-Putschisten nach Stuttgart. Fast hundert Jahre später wurde schließlich die Bundesrepublik Deutschland nicht in der deutschen Hauptstadt Berlin sondern in Bonn am Rhein gegründet..

Zum Stinnes-Legien- Abkommen

Die zweite Vereinbarung wurde am 15. November von den Verhandlungsführern, dem Schwerindustriellen von der Ruhr Hugo Stinnes und dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Carl Legien unterzeichnet. Trotz fortbestehender Interessengegensätze erzielten beide Seiten durch gegenseitige Anerkennung und die Gewährung des Achtstundentages und der Gewerkschafften als Tarifpartner einen gemeinsamen antirevolutionären Nenner. Der war die Verhinderung der Sozialiesie-Rung. Nicht nur die Generale blieben im Sattel, eben auch das monopolistischen Kapitals von Eisen und Stahl, der Grundchemie, des Schiffsbaus und die um die Deutsche Bank gruppierten Finanz-und Immobilienhaie. Zu diesem Zweck vereinigte man sich in einer Zentralen Arbeitsgemeinschaft (ZAG) die dieses Fortbestehen in Aussicht stellte. Umgehend erhielt dieses Abkommen seine regierungsamtliche, das heißt staatliche Anerkennung durch den Rat der Volksbeauftragten.

Hugo Stinnes, um 1900

Carl Legien

Ralf Hoffrogge und Rainer Knirsch verdanken Geschichtsinteressierte die Neuherausgabe des Buches von Richard Müller, Oktoberr 2011: "Vom Kaiserreich zur Republik Die Novemberrevolution der Bürgerkrieg in Deutschland", gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Richard Müller Metallarbeiter, Dreher in der einstigen AEG-Turbine , heute Siemens AG, in Berlin Moabit, aktives Mitglied deutschen Metallarbeiterverbandes, als Vertrauensmann und Branchenleiter der Dreher im Deutschen Metallarbeiterverband und Vorsitzender der Revolutionären Obleute wurde Vorsitzender des "Berliner Vollzugsrats", dem höchsten Räteorgan der Novemberrevolution.

Mit einer interessanten Kundgebung unter einem schön gestal an den 100. Jahrestag der Novemberrevolution erinnert.

Folgende Einschätzung des Stinnes-Legien- Abkommens ist dem Buch Müllers entnommen:

"Als die Revolution siegreich durch Deutschland brauste, die Throne stürzten und die Herrschaft der Bougeoisie gebrochen schien, da saßen die Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften, die Christlichen und der Hirsch- Dunckerschen Gewerkschaften und der Angestelltenverbänden: Legien, Leipart, Schlicke, Steigerwalt, Hartmann, Dr. Höfle und Eisner mit den Führern der Großindustrie: Hugo Stinnes, Generaldiektor Vögler, Geheimrat von Borsig, Dr. Walther Rathenau, Geheimrat Deutsch, Katrl Friedrich von Siemens, Direktor Henrich und Landrat a.D. von Raumer zusammen und schlossen den Pakt der Arbeitsgemeinschaft, der am 15. November von den Beteiligten unterschrieben und am gleichen Tage vom Rat der Volksbeauftragten den Leitern der Reichsbetriebe zur Beachtung empfohlen wurde.

Die Führer der Gewerkschaften hatten sich mit den Führern der Unternehmeverbände vereinigt, zu dem Zwecke "das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschafts-zweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution zu bewahren."

Daraus machte Stinnes auch 1922 in Wilhelmshaven bei der Namensgebung einer weiteren Gruppe Handeslsschiffe kein hehl. Er nahm eine Gleichstellung Legien mit von Hindenburg und Ludendorff vor. Neben zwei Dampfern die den Namen Hindenburg und Ludendorff bereits trugen, sollte das dritte Schiff Carl Legien heißen. Nachstehendes Zitat ist der Legien-Biographie von Theodor Leipart aus *dem* Jahre 1929 entnommen:

"Als im Herbst 1918 der Krieg den unglücklichen Ausgang nahm, als das staatliche Gebäude bis in die Grundfesten erschüttert war, als die Demolbimachung, deren Schwierigkeiten nur Wenige in ihrer vollen Tragweite übersahen, Deutschland in ein Chaos zu stürzen drohte, damals ist Carl Legien einer der Lebensretter Deutschlands geworden."

Leipart, der ja in der Vereinbarung über die Zentrale Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit eine Errungenschaft sah, kommentierte lediglich, Legien hätte seine Gleichstellung mit Hindenburg und Ludendorff als Retter Deutschlands sicherlich abgelehnt.

"Ich kenne keine Parteien mehr, ..."

Die Vorgeschichte beider Novemberabkommen wurzeln in den verhängnisvollen Vorgängen des Jahres 1914. Am 2. August 1914 versammlte Wilhelm II. die Abgeordneten des Reichstages im Weißen Saal des Berliner Hohenzollern-Schlosses am Lustgarten Die Geheimdiplomatie zwischen den Parteien des Reichstages, den Gewerkschaften und der kaiserlichen Regierung und deren erste Entscheidungen ermöglichten dem Kaiser zu erklären:

*Uns treibt nicht Erpoberungssucht, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den uns Gott gestellt hat, **ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche."***

Am gleichen Tage hatten die Mehrheitsgewerkschaften von ihrer Vorständekonferenz die Arbeiterschaft aufgerufen zu ihrer Organisation zu stehen und über eine Zeit der schwerster Prüfung lebensfähig zu erhalten und die Solidarität zu bewahren. Diese Konferenz beschloß alle Lohnbewegungen und Streiks abzubrechen. Das war die Entscheidung das der Burgfrieden anstelle des Klassenkampfes tritt. Weitere Schritte zur Festigung des Burgfriedens und zur Stärkung der vaterländischen Einheitsfront folgten. Der Kaiser intonierte die offizielle Deutsche National-Hymne "Heil Dir im Siegerkranz" bis das Kaiserreich 1918 zusammenbrach.

"Wer nicht über 1918 redet, kann nicht 1933 verstehen"

Diese historisch bedeutsame historische Feststellung traf Alfred Döblin 1950, nach seiner Rückkehr aus dem Exil, in seinem Buch "November 1918 - eine deutsche Revolution."

Der DGB veranstaltete 2018 nicht eine zentrale Veranstaltung zur Rolle der Gewerkschaften in der Novemberrevolution sondern eine gemeinsam mit mit dem Bund der Deutschen Arbeitgeberverbände zu "100 Jahre Sozialpartnerschaft". Damit blieb der Bundesvorstand des DGB in seiner bisherigen Haltung kontoversen Haltung zur Novemberrevolution stecken. Schwer erkämpfte Errungenschaften

wie der Achtstundentag, das Frauenwahlrecht, die juristisch fixierte Tarifautnomie und Achtstundenarbeitstag werden de facto der Konsensbereitschaft des Kapitals gegenüber der Arbeit und nicht der Revolution zugeschrieben. Da kann sich das Kapital nur ins Fäustchen lachen.

DGB

Deutscher Gewerkschaftsbund

100 Jahre Stinnes-Legien-Abkommen

100 Jahre Sozialpartnerschaft

Die Sozialpartnerschaft von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in Deutschland gilt im internationalen Vergleich als Erfolgsmodell. In diesem Jahr feiert die Sozialpartnerschaft ihr 100. Jubiläum – denn vor 100 Jahren wurden das so genannte Stinnes-Legien-Abkommen geschlossen.

Die Gewerkschaftsgeschichte der Bundesrepublik ist vom permanenten Clinch um die Wahrung der Tarifhoheit und dem Erhalt flächendeckender Tarifverträge, zeitweilig auch gegen die Einschränkung des Streikrechts wie dem Recht auf politischen Streik. Siehe die Drohungen und Prozesse des "Sozialpartners" gegen die IG Druck und Papier im DGB. Sie hatte 1952 den Zeitungsdruckereiarbeiterstreik gegen die Annahme des Entwurfs des Betriebsverfassungsgesetzes. Bei allen Erfolgen in tarifpolitischer Hinsicht, Löhne, Arbeitszeit, Urlaub und Bildung wurde die Tarifhoheit aber systematisch unterhöhlt und ihrer angedachten oder angedichteten Wirksamkeit beraubt. Besonders in den neuen Bundesländern wurden in den ersten 30 Jahren, nach der DDR, über 50% der Betriebe der Tarifbindung beraubt. Die Verbandssatzung der Arbeitgeberverbände schafft dafür die "sozialpartnerschaftliche" Voraussetzung. Die Lohnungleichheit zwischen Ost und West ist weiterhin eine zusätzliche Profitquelle. Dazu kommen die diskriminierende Frauenentlohnung, das Gestrüpp der Werk- und Leihverträge, das Hartz-Vier-System der Agenda 2010. Die Vernetzung der Regierungspolitik mit den Herren im Hause Standpunkt, sind Markenzeichen des "Erfolgsmodell Sozialpartnerschaft". Die Spaltung der Gesellschaft hat sich während der Pademie beschleunigt. Die Zahl der Multimillionäre war noch nie so groß wie gegenwärtig. Die Oberliga des Kapitals, der DAX-Clan, wurde von 20 auf 30 Betriebe erweitert Ist das nicht auch eine Machtfrage? Keinewegs eine Nebenerscheinung des neoliberialistischen Wirtschaftssystems. Ver.di analysierte, bei Vermögen und Erbschaften sei Deutschland eine nicht hinnehmbare Steueroase. Das sind alles keine Auswüchse des meoliberialistischen Wirtschaftssystems. Das sind doch System imante Machtfragen. Wie lange wird der Amboss der Arbeit diese teuflischen Schläge noch hinnehmen oder gar aushalten?

In zwei Jahren, 2023 werden wir 90 Jahre später, des schwärzesten Tages der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gedenken. Erinnern wir uns, heute schon, der eben genannten mahnenden Worte des Mediziners und Schriftstellers Dr. Alfred Döblin aus Berlin.

1. MAI
IM ZEICHEN DER EINHEIT
Für Frieden-
Freiheit-
Aufbau!
FREIER DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Zentrales Maikomitee für den 1. Mai 1946 gebildet

Die Zeitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes "Die Freie Gewerkschaft" teilt am 2. April mit:

"Am Dienstag fand im Parteihaus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter dem Vorsitz von Wilhelm Pieck (KPD), Otto Grotewohl (SPD) und Karl Fugger (FDGB) eine gesame Sitzung von Vertretern der Gewerkschaften, der beiden Arbeiterparteien, der Wissenschaftler und Künstler sowie der Frauen und Jugend statt. Auf der Sitzung wurde ein zentrales Maikomitee gebildet, das sich aus Vertretern der genannten Organisationen und Bevölkerungsschichten zusamensetzt."

Auf der folgenden konstituierenden Sitzung des Maikomitees wurde ein Aufruf zur einheitlichen Mai-Demonstration angenommen. Ferner wurde beschlossen, eine illustrierte Festschrift zum 1. Mai herauszugeben. Um diese Aufgaben zu erfüllen wurde ein geschäftsführender Ausschuss gewählt. Ihn gehörten an: Karl Fugger und Walter Maschke vom FDGB, Richard Weimann und Karl Litke von der SPD, Karl Mewis und Fred Oelsner von der KPD, Professor Theodor Brugsch und Professor Dr. Friedrich als Vertreter der Geistesschaffenden.

Auszug aus deem Mai Aufruf

Arbeiter! Angestellte! Geistesarbeiter! Bauern!

Wir rufen euch auf, sofort in allen Orten und Betrieben Deutschlands gemeinsame Maikomitees zur Organisierung und Durchführung der Maikundgebungen zu schaffen.

Der 1. Mai 1946
wird im Zeichen der einheitlichen Gewerkschaften und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stehen.

Am 1. Mai werden wir zeigen, wo sich die Kräfte des Neuaufbaus Deutschlands befinden. **Nie wieder soll die Reaktion die Oberhand gewinnen!**

Am 1. Mai 1946 demonstrieren wir:

Für die strengste Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher!

Für die restlose Vernichtung der Reaktion! Für die Durchführung der demokratischen Bodenreform!

Für die Säuberung aller Ämter von den Faschisten!

Für die Zerschlagung der kapitalistischen Monopole! Für einen Volksentscheid zur Überführung der Betriebe der Kriegsinteressenten in die Hände der demokratischen Selbstverwaltung!

Für den Kampf gegen Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und Hunger!

Für das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft!

Für die volle Gleichberechtigung der Frauen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Für eine demokratische Reform des gesamten deutschen Bildungswesens! Für die Beseitigung jedes Bildungsvorrechtes des Besitzes! Für die freie Entwicklung der werktätigen Jugend!

Für die Freiheit der Wissenschaft und der Künste! Für Glaubens- und Gewissensfreiheit!

Für die demokratische Erneuerung Deutschlands!

Für die Einheit Deutschlands! Gegen jeden Separatismus und Föderalismus!

Für die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften und der Arbeiterorganisationen!

Für die Verständigung aller friedliebenden Völker!

Für den Sozialismus!

Berlin, den 4. April 1946

Das zentrale Maikomitee:

Vertreter politischer Organisationen

Otto Grotewohl, Wilhelm Pieck, Max Fechner, Walter Ulbricht, Erich W. Gniffke, Franz Dahlem, August Karsten, Anton Ackermann, Helmuth Lehmann, Otto Meier, Hermann Molem, Karl Litke, Waldemar Schmidt, Hermann Hamitsch, Karl Mewis, Rudi Zimmermann, Fritz Reuter, Richard Weimann, Fred Oelßner, Käthe Kern, Elli Schmidt, Toni Wohlgemuth, Maria Jankowsky, Grete Schöneck, Friedel Malter, Herbert Klemmer, Paul Verner.

Vereinigungsparteitag zum 21. und 22. April einberufen
Der Organusationsausschuss der SPD und KPD hat den Vereinigungsparteitag nach Berlin in die Deutsche Staatsoper einberufen. Die Tagesordnung sieht u. a. vor Referate von Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck über die Einheitspartei und den Neuaufbau Deutschlands. Einheit verleiht auch Macht zur Überwindung der Schwierigkeiten in der sich das Land und seine Hauptstadt noch längere Zeit befinden werden. Die Freie Deutsche Jugend hatte bereits im März 1946 bei ihrer Gründung als zukunftsträchtiges Symbol, dis aufgehende Sonne auf blauen Himmelsgrund gewählt. So wurde Licht am Ende des Tunnels vermittelt.

Mobilisierung und Organisierung der zentralen Maikundgebung in Berlin und anschließender zünftiger Geselligkeit in den Betrieben und im Kiez.
Bereits vor Bildung des zentralen Maikomitees und Bekanntwerden des Mai-Aufrufes mußte in Berlin mit den prasktischen Mai Vorbereitungen begonnen werden. Für das zentrale Maikomitee wurden personelle Vorschläge unterbreitet. "Die Freie Gewerkschaft" informierte ihre Leser am 1. April 1946 über den Bericht Roman Chwaleks über den Stand der Vorbereitungen von dwe dritten Tagung der Gewerkschaftsleitung des FDGB Groß-Berlin.

"Die eingesetzte Kommission, bestehend aus den Vertretern der Verbände und Bezirksausschüsse, hat für alle wichtigen Fragen Unterausschüsse gebildet. Der FDGB wird eine große Demonstration im Treptower Park durchführen. Man rechnet mit einer Beteiligung von 300 000 Menschen. Kollege Fugger unterstreicht die Bedeitung der diesjährigen Maifeier und deren Bedeutung für das ganze schaffende Volk. Es wird ein zentrales Maikomitee gebildet, dem Vertreter aller politischen Parteien, des FDGb und der Wissenschaften und Künste angehören sollen. Als Vertreter des FDGB für das zentrale Maikomitee werden vorgeschlagen: Wilhelm Schmidt-BVG, Brandt-Siemens, Wally Vollmer-AEG, Paschke-Wittler, Vierath-Viktoria, Schwanebeck-Magistrat,, ferner die Kollegen Jendretzki, Göring, Schlimme, Chwalek, Maschke, Fugger, Oltersdorf, Arendsee, Rettmann, Lemmer, Günther, Bührig, Walter, Brass, Eichler, Frieda Krüger, Minna Amann, Theodor Kotzur. Willi Lehmann."

Der Zentrale Mai-Aufruf lieferte hinreichend Stoff für die geistige Einstimmung und zur Mobolisierung. So öffnet er sofort den Blick auf die einmalige Bedeutung des 1. Mai 1946:
"Zum ersten Male seit 13 Jahren können wir den 1. Mai wieder frei nach eigenem Willen als Kampftag der Werktätigen für ihr Recht, als Tag der Völkerversöhnung begehen.... Er wird wieder ein Teil der internationalen Demonstration der Werktätigen sein."

Im Aufruf folgte eine Kurzfassung der Geschichte des 1. Mai, mit dem Internationalen Sozialistenkongress in Paris im Jahre 1889 Er hatte beschlossen, dass der 1. Mai in allen Ländern alljährlich als internationaler Kampftag für den Völkerfrieden, für internationale Solidarität der Arbeiterklasse um den Achtstundentag und für die Arbeiterrechte zu begehen ist. Dies geschah bis zur verhängnisvollen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung im August 1914. Die Folge war auch, dass die Faschisten in der Weimarer Republik mit skrupellosen Massenbetrug sich Masseneinfluss ergaunerten, den 1. Mai schändteten und danach die Gewerkschaften vernichteten.

"Wenn wir uns heute fragen, wie das alles möglich war, so finden wir nur eine Antwort: ***Die Hitlerschmach und der Hitlerkrieg waren möglich, weil die deutsche Arbeiterklasse und das schaffende Volk gespalten waren!"***

Der Aufruf verwies am Schluss noch einmal darauf, dass es jetzt die Lehren zu ziehen gelte um durch die Überwindung der Spaltung Garantien zu schaffen für die Sicherung des Friedens und der Freiheit.

Das zentrale Maikomitee rief auf, in allen Orten und Betrieben Deutschlands gemeinsme Maikomitees zur Organisierung und Durchführung der Maikundgebungen zu schaffen. Das entsprach der gemeinsamen Interessenlage und den realen Bestrebungen Lehren aus der Verganheit zu ziehen.

Kollege Schlimme, Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB und stellvervretender Vorsitzender des FDGB Groß-Berlin, befand sich vor dem 1. Mai, im März/April, in Hessen und in Bayern. Als er in München, der bayrischen Hauptstadt, vor den Betriebsobleuten aus allen Münchener Betrieben über die Frage der Einheit der Arbeiterklasse und antifaschischen und demokratischen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin berichtete, erhielt Schlimme stürmischen Beifall. Diese Vertrauensleuteversammlung fasste den Beschluss am 1. Mai eine einheitliche Maikundgebung durchzuführen Diese Entscheidung bewies auch zu dieser Zeit die elementare interzonale. gesamtdeutsche Kraft der Eineits-Idee

Die "Süddeutsche Zeitung berichtete über diese Veranstaltung ausführlich nicht nur auf der Titelseite:

ldeutsche Zeit

ER NACHRICHTEN AUS POLITIK - KULTUR - WIRTSCHAFT U

München, Dienstag, 19. März 1946

Arbeiterbefreiung ist Arbeiterwerk!

Die erste Kundgebung der freigewerkschaftlichen Betriebsobleute

Die in der Arbeitsgemeinschaft der Freien Münchner Gewerkschaften vereinigten Betriebsobleute, gewählt und getragen vom Vertrauen der in den öffentlichen und privaten Betrieben tätigen Arbeiter, Angestellten und Beamten, veranstalteten am Sonntag in der Aula der Universität eine machtvolle Kundgebung, die gewissermaßen den Auftakt des gewerkschaftlichen Lebens in Bayern bildete.

Der alte Gewerkschaftsführer Gustav Schlefer sprach. In seiner temperamentvollen Weise prangerte er das monopolkapitalistische System an. Der Kapitalismus sei an Hitler zugrundegegangen und werde in seiner alten Form nie wieder erstehen. Die in verhältnismäßig wenigen Stunden geschaffene gewerkschaftliche Einheit müsse um jeden Preis erhalten bleiben. Die Gewerkschaften müßten hineinwachsen in die von ihnen gewollte Wirtschaft. Die vordringlichste Aufgabe sei die Sicherstellung der Ernährung des Volkes. Zu diesem Zweck müssen etwa 60 000 Arbeiter für die Landwirtschaft bereitgestellt werden. Die Gewerkschaften würden mithelfen, die Parasiten und Nichtstuer auszurotten.

Eine ebenso vordringliche Aufgabe sei die Sorge um die Erhaltung der Arbeitskraft, an der der Nationalsozialismus furchtbarsten Raubbau getrieben habe. Die bayerischen Gewerkschaften fordern darum die

40-Stunden-Woche in fünf Arbeitstagen.

Bisher sei die Technik im Dienste des Mordes gestanden, künftig solle sie in produktiver Form der Wirtschaft dienstbar gemacht werden. Der Privatkapitalismus, der aus den Knochen und auf den Leibern der Arbeiterschaft groß geworden sei, müsse durch eine Planwirtschaft abgelöst werden, durch eine

Bedarfswirtschaft im demokratischen und sozialistischen Sinne.

Heftige Kritik übte Schlefer an der Tatsache, daß die Arbeitgeberverbände bald nach dem Zusammenbruch des „tausendjährigen Reiches" wieder erstehen konnten, während die Gewerkschaften volle elf Monate warten mußten, bis sie genehmigt wurden. Wie angesichts dessen schwer es sei, wieder zu einer geordneten Sozialpolitik zu kommen, erhelle aus dem Umstand, daß die 20 Milliarden Mark Vermögen der deutschen Sozialversicherung verpulvert sind, so daß die Ärmsten und wirtschaftlich Schwächsten heute jeden Schutzes beraubt sind. Hunderttausende von Kriegsgefangenen waren damals, daß sie durch die Schieber und Nichtstuer abgelöst werden, die beispielsweise die Wintersportplätze im Gebirge bevölkern.

Den Siegermächten rief der Redner zu: Wir anerkennen offen, daß die Siegermächte unsere Befreier waren, aber es war ein Unglück, unser Vaterland in Zonen aufzuteilen. Gebt uns unser verkleinertes

Vaterland als Einheit

wieder zurück, wenn die Potsdamer Beschlüsse einen Sinn haben sollen!

Als nächster Redner sprach der Landessekretär der Gewerkschaften, Reuter, der in einem geschichtlichen Rückblick auf die Gewerkschaftsbewegung den gigantischen Kampf zweier Generationen um die Anerkennung der Menschenrechte aufzeigte. Wenn in Zukunft in den Schulen die Geschichte des Volkes gelehrt werde, dann müsse die Jugend auch in der Geschichte der Gewerkschaften unterrichtet werden. Heute sind wir, rief der Redner aus, nicht mehr Knechte der Wirtschaft, sondern wir wollen gleichberechtigte Partner sein. Der demnächst einzuberufende bayerische Gewerkschaftskongreß werde darüber zu entscheiden haben, wieviele Industrieverbände ersuchen sollen, um dann den beschleunigten Anschluß an die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands zu suchen. An der gemeinsamen Verwaltung der Gewerkschaften lassen wir nicht rütteln! Gewerkschaften sind nicht dazu da, eine kostspielige dezentralisierte Verwaltung zu unterhalten. Wir werden auch nicht dulden, daß der Gewerkschaftssekretär als Bonze beschimpft und geschmäht wird. Dieser „Bonze" ist eine Erfindung des Kapitalismus, um den Arbeiter zu treffen und ihn zu schädigen.

Die Gewerkschaften werden nicht mehr zu dem Unterstützungswesen vor 1933 zurückkehren; ihr Vermögen muß dazu dienen,

Machtposition in der Wirtschaft

zu erobern. Waren wir in der Vergangenheit eine große soziale Volksbewegung, so ist es heute unser Ziel, selber die Wirtschaft zu werden.

Der Redner unterstrich die Freiheit und Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den Einflüssen politischer Parteien. Nur mit den Gewerkschaften und durch sie werde es den Arbeitern, Angestellten und Beamten gelingen, ihr soziales Los zu verbessern. Nur mit den Gewerkschaften werde es möglich sein, neues Leben aus den Ruinen erblühen zu lassen.

Schließlich übermittelte, von den Versammelten lebhaft begrüßt, Hermann Schlimme, ein Vertreter der Berliner Gewerkschaften, die Grüße der Berliner Freien Gewerkschaftsbunder und der über zwei Millionen Mitglieder der Gewerkschaften der russischen Zone. Der Redner, der seit 1899 den Gewerkschaften angehört und bis 1933 im Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes war, betonte, daß es in Zukunft auch ohne Unternehmerverbände gehen müsse, die in der russischen Zone restlos verboten seien.

Die Befreiung der Arbeiterklasse von dem Joch des Kapitalismus könne nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Aus der kapitalistischen Ueberproduktion müßten naturgemäß alle 20 bis 30 Jahre Kriege entstehen. Ein Hitler sei nur aus dem überspitzten Monopolkapitalismus her-

(Fortsetzung auf Seite 2)

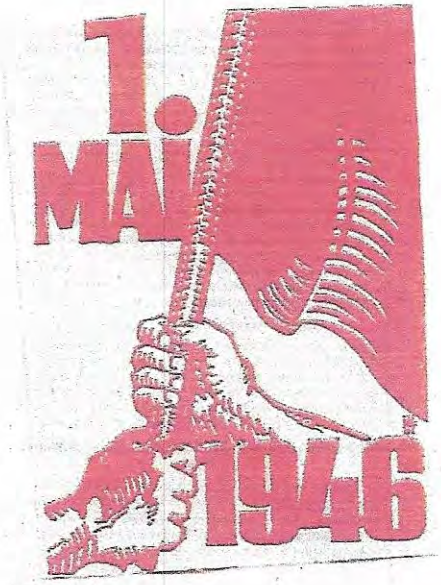
"Der 1. Mai 1946 wird im Zeichen der einheitlichen Gewerkschaften und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stehen." (Mai-Aufruf)

Maiplakate 1946

Will Schubert
Plakat
1946

Arno Mohr
Plakat
1946

Horst Naumann
Plakat
1946



Ernst Stetzuhn
Plakat
1946

Nummer 2 — Preis 10 Pf.
Berlin, Montag, den 2. April 1946

Sozialistische EINHEIT

ORGANISATIONSAUSSCHUSS GROSS-BERLIN DER SPD KPD

Gemeinsamer Aufruf der Berliner SPD und KPD

Berliner! Rüstet zum 1. Mai!

[illegible]

Am 1. Mai wird Berlin Rechenschaft geben
Rechenschaft vor dem ganzen deutschen Volke
über sein Werk zur Neugestaltung!

[illegible]

Unter dem Banner der Einheit wird die Bevölkerung des Bezirks Berlin den geeinten Marsch in die Gestaltung Berlins durch führen.

Berlin gibt uns in aller Tat das schönste Bild der Gestalt Berlin und Deutschlands:

Wie wir jetzt in Berlin schaffen, schaffen wir [illegible]! In diesem Geiste stehen wir vom 1. Mai.

Werktätiges Berlin!

Welche Farben oder Blumensträuße willst Du am 1. Mai dem Vorbeiziehenden [illegible]?

Werktätiges Berlin!

In jedem Verwaltungsbezirk gibt es Wahrheiten, Gleichen und Größen, die [illegible] werden können.

Kein Geschäftsmann, Beamter oder Angestellter wird am 1. Mai auch ohne Beruf in Werkstätten und Großbetrieben vorzuziehen sein.

Trotz [illegible] bestehen alle Verkehrsmittel für den Mai-Sonntag. Unbegrenzt [illegible], welche Arbeiten an Sonntagen noch bis zum 1. Mai [illegible] werden können.

Berlin!

Der Weg des Vorwärts führt nur mit Mut und Ernst. Die Arbeit ist das Fundament unserer Anstrengungen. Der Frieden ist die Voraussetzung für eine gesicherte Zukunft. Deshalb demonstriert das arbeitende Berlin am 1. Mai

für Arbeit, den Frieden
für Neugestaltung und Frieden.

Groß-Berliner Organisationsausschuß der SPD-KPD für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Abschrift[26]

Alliierte Kommandantura Berlin

BK/O (46) 177
19. April 1946

Betrifft: Massenkundgebung für den 1. Mai 1946

An den: Oberbürgermeister der Stadt *der* Berlin

Die Alliierte Kommandantura Berlin ordnet wie folgt an:

1. Die Alliierte Kommandantura genehmigt die am 1. Mai 1946 stattfindende Massenkundgebung und Feier zur Aufrechterhaltung und Verstärkung der friedlichen und demokratischen Ideen in Groß-Berlin.

2. Diese Kundgebung und Feier ist für alle Mitglieder des FDGB und alle Mitglieder aller anerkannten politischen Partein, deren Tätigkeit nicht dem Verfahren des Besatzungsbehörden widerspricht, geöffnet.

3. Gebäude, Plätze und Strassen der Stadt dürfen mit den Fahnen der Alliierten Mächten geschmückt werden.

4. Bestätigen Sie den Empfang dieser Anordnung unter Nummer – und Datumsangabe.

Im Auftrage der Alliierten Kommandantura Berlin

Jack J. Wagstaff
Oberstleutnant
Vorsitzführender
Stabschef

Achtstundentag

Nach einer entsprechenden Entscheidung des Alliierten Kontrollrates -auf Vorschlag des FDGB- konnte der Magistrat von Groß-Berlin noch vor dem 1. Mai, am 31. Januar 1946, für ganz Berlin die Wiedereinführung des Achtstundentages anordnen

---

LAB: LAZ Nr. 4826

Erscheint täglich
außer montags

Die Freie Gewerkschaft

Zeitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

Nr. 92 Freitag, 19. April 1946

1.-Mai-Kundgebung im Lustgarten

Alliierte Kommandantur hat die Genehmigung erteilt

Berlin, 18. April (FDGB — Eigene Meldung). — Das Komitee zur Vorbereitung und Durchführung des 1. Mai im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund tagte am 18. April 1946 im Großen Sitzungssaal des FDGB zusammen mit den Beauftragten der Bezirksausschüsse und Verbände. Der Vorsitzende des FDGB Berlin, Roman Chwalek, zugleich Vorsitzender des Komitees, hielt das einleitende Referat.

Er teilte mit, daß die Alliierte Kommandantur gemäß dem Antrag des Komitees die Genehmigung für die Abhaltung einer einheitlichen zentralen Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft am 1. Mai erteilt habe. Lediglich die Spandauer Arbeiterschaft wird eine eigene Kundgebung veranstalten. Dort trifft der Bezirksausschuß der Freien Gewerkschaften gemeinsam mit den Leitungen der politischen Parteien die Vorbereitungen.

Die zentrale Veranstaltung ist im Lustgarten

Es war ursprünglich geplant, den traditionellen Ort der Berliner Maikundgebungen, den Treptower Park, zu wählen. Unter den gegenwärtigen besonderen Umständen konnte sich jedoch das Komitee den berechtigten Wünschen der weit entlegenen Bezirke, wie Wilmersdorf, Zehlendorf, Reinickendorf usw. für einen zentral gelegenen Ort nicht verschließen.

Die Kundgebung wird im Lustgarten und Unter den Linden bis zum Brandenburger Tor stattfinden. Die Eröffnung der Kundgebung ist auf 12 Uhr festgesetzt, sie soll eineinhalb Stunden dauern. An geeigneter Stelle wird eine große Tribüne errichtet werden. Unter den Linden werden Lautsprecher angebracht. Vorführungen von Musikkapellen, Gesangschören usw. sind vorgesehen.

Am 1. Mai muß ganz Berlin ein feierliches Gesicht erhalten.

Alle öffentlichen Gebäude, Betriebe und Häuser müssen ausgeschmückt werden. Die Betriebe werden Losungen mitführen, Transparente, die auf die Art ihrer Produktion hinweisen, Vergleichsziffern mit dem Stand ihrer Produktion im vergangenen Jahr usw. In dem geschlossenen Aufmarsch der Betriebe muß der Stolz der Arbeiter, daß jetzt wieder für den Frieden geschaffen wird, zum Ausdruck kommen.

Rote Fahnen auf die Fabrikschornsteine!

In den nächsten Tagen sollen in allen Bezirken besondere Sitzungen der Betriebsfunktionäre für die Vorbereitung des 1. Mai stattfinden.

Aus allen sprach der Wille, daß dieser 1. Mai 1946 im Zeichen der Einheit und der wiedergewonnenen Kraft der Arbeiterklasse durchgeführt wird.

Arbeiterklasse mit dem 1. Mai verbindet, auszulöschen. Sie haben sie gezwungen, unter der Fahne des Hakenkreuzes, ihrer Mörderfahne, für die Interessen des Militarismus und des Monopolkapitalismus zu marschieren.

Der 1. Mai 1933 war der schwärzeste Tag in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Nachdem durch die Alliierten Armeen die Herrschaft des Faschismus niedergerungen wurde, soll der 1. Mai 1946 zu einem Siegestag der Arbeiterschaft über die Reaktion, für den demokratischen Neuaufbau der Wirtschaft werden, ohne den eine glückliche Zukunft Deutschlands undenkbar ist. Die Kundgebung soll im Zeichen des Kampfes stehen gegen die noch nicht ausgelöschten naziistischen Ideen und für die großen Aufgaben, die die Gewerkschaften sich gestellt haben.

Die Ausführungen des Kollegen Chwalek wurden durch eine lebhafte Diskussion mit einer Reihe wertvoller Anregungen unterstrichen. Es sprachen die Vertreter der Bezirksausschüsse Pankow, Spandau, Steglitz, Kreuzberg, Schöneberg, Charlottenburg, Wilmersdorf und Mitte, Vertreter vom Metallarbeiterverband und dem Verband für öffentliche Betriebe.

Wallstr.: Gewerkschaftshaus vom ADGB zum FDGB Foto: Privat

Mit der Sitzung des Berliner Maikomitees des FDGB am 18. April traten die Vorbereitungen des 1. Mai in ihre letzte, entscheidende Phase ein. Jetzt konnte endgültig der vorgesehene Kundgebungsort Lustgarten bekannt gegeben werden und die Genehmigung der Kommandantur für die Großkundgebung lag vor.

Photo: Hulton Deutsch, Quelle: Getty Images

Das zentrale Mai-Komitee hatte bereits am 28. März einen Antrag zur Genehmigung der Massenkundgebung bei der Alliirten Kommandantur eingereicht. Zu dieser Zeit waren die Organisatoren noch der Meinung, die zentrale Berliner Kundgebung im Treptower Park durchzuführen. Die Treptower Wiesen hatten eine legdären Ruf für Meetings der Arbeiterbewegung zum Beispiel gegen das Dreiklassenwahlrecht am 6. März 1910. Am 1. Mai bis 15. Oktober 1896 wurde hier bereits die größte Berliner Gewerbeausstellung ausgerichtet. Aber innerhalb der Berliner Gewerkschaftsorganisation wandten sich die FDGB Bezirksausschüsse der westlichen Bezirke Berlin wie Zehlendorf und Wilmersdorf dagegen. Am 13. April wurde noch in einem Aufruf an die Werktätigen Berlins kein konkreter Kundgebungsort genannt, sondern die Kundgebung werde an zentraler traditionellen Stätte stattfinden. Danach wurde die Entscheidung für den Lustgarten getroffen und am 17. Appril 1946 reichte das Zentrale Maikomitee einen entsprechenden Änderungsantrag bei der Alliierten Kommandantur ein.

Zur Aufmarschplanung für den 1.Mai 1946

Für das Berliner Maikomitee des FDGB war die Aufstellung eines Aufmarschplanes mit Stellplätzen gewiß nicht nur eine technisch-organisatorische Frage. Dies zumal mit meheren 100 000 Teilnehmern nach dem Zuspruch den die neu enstehende einheitliche Arbeiterbewegung erfuhr, gerechnet werden musste. Außerdem konnten die Erfahrungen vom September 1946 der ersten Berliner Großkundgebung mit 10 000den Teilnehmern zu Ehren der Opfer des antifaschistischen Widerstandes im Sportstadion Neukölln, unweit der Grabstätte von Werner Seelenbinder, ausgewertet werden. Selbst auf Bezirksebene, in dieser Schrift wurde bereits die Einheits-Kundgebung vom 17. März 1946 am Märzfriedhof in Friedrichshain erwähnt, wurde die Erfahrung gemacht, das durch eine derartige Planung, die Basis- Demonstration von Stellplätzen dazu beiträgt, dass demokratische Anliegen jeweiliger Kundgebungen breiteren Bevölkerungskreisen kund getan werden können. Das sollten auch die neunmal klugen Anti-FDGB Wadenbeißer mit ihren Einwänden zur Aufmarschplanung zum 1. Mai 1946 im Lustgarten bedenken.

Stellplätze der 20 Bezirke mit Sonderregelung für Spandau

1. Bezirk Mitte, a) Karl-Liebknecht-Platz, b) Köllnischer Park:
Abmarsch 10 Uhr a) Karl-Liebknecht-Straße, Lustgarten Unter den Linden, b) Wallstraße, Spittelmarkt, Gertrauden-, Breite Straße, Lustgarten, Unter den Linden.

2. Bezirk Tiergarten, Kleiner Tiergarten:
Abmarsch 10.20 Uhr durch Straße Alt-Moabit, Moltkebrücke, Königsplatz, Dorotheen-, Neue, Wilhelmstraße, Unter den Linden.

3. Bezirk Wedding, Humboldthain:
Abmarsch 10.25 Uhr durch Brunnen-, Kösenitzer Straße Hackescher Markt, Neue Promenade, Burg-, Bodestraße Lustgarten.

4. Bezirk Prenzlauer Berg, Helmholtzplatz:
Abmarsch 9.45 Uhr durch Raumerstraße, Pappelallee, Schönhauser Allee, Alte Schönhauser-, Neue Schönhauser Straße, Hackescher Markt, Neue Promenade, Burg-, Bodestraße, Lustgarten.

Abmarsch 10.05 Uhr durch Grundwald-, Potsdamer Straße dann Anschluß an Schöneberg.

10. Bezirk Zehlendorf, Rathaus Zehlendorf, Anschluß an Steglitz:
Abmarsch 8.20 Uhr durch Teltower Damm, Berliner Straße, Unter den Eichen, Schloß-, Rhein-, Haupt-, Potsdamer, Friedrich-Ebert-Straße, Brandenburger Tor, Unter den Linden. (Falls Transport auf Kraftfahrzeugen nur bis Potsdamer Platz, Parkplatz der Fahrzeuge Linkstraße.)

11. Bezirk Schöneberg, Rudolf-Wilde-Platz:
Abmarsch 9.40 Uhr durch Belziger, Haupt-, Potsdamer Friedrich-Ebert-Straße, Brandenburger Tor, Unter den Linden.

12. Bezirk Steglitz, Düppelmarkt:
Abmarsch 9.20 Uhr durch Düppel-, Kieler, Schloß-, Rhein-, Haupt-, Potsdamer, Friedrich-Ebert-Straße, Brandenburger Tor, Unter den Linden.

Fortsetzung der Liste der Stellplätze für den 1. Mai 1946 in Berlin

5. Bezirk Friedrichshain, Weberwiese:

Abmarsch 10 Uhr durch Friedenstraße, Landsberger Platz, Landsberger Straße, Alexanderplatz, Königstraße, Schloßfreiheit, Unter den Linden.

6. Bezirk Kreuzberg, a) Garde-Pionier-Platz, b) Görlitzer Bahnhof, c) Neanderstraße, Spitze Moritzplatz:

Abmarsch a) 9.25 Uhr, b) 10.15 Uhr, c) 10.30 Uhr, durch a) Blücherstraße, Zossener Brücke, Gitschiner Straße, Halleisches Tor, Linden-, Markgrafen-, Behren-, Charlottenstraße, Unter den Linden. — b) und c) Geschlossener Aufmarsch der Post- und Eisenbahnangestellten. Wiener Straße, Oranienstraße bis Lindenstraße, Jerusalemer Straße, Hallvogteiplatz, Oberwallstraße, Französische Straße, An der Hedwigskirche, Unter den Linden.

7. Bezirk Charlottenburg, Steinplatz:

Abmarsch 8.50 durch Hardenbergstraße, Knie, Berliner Straße, Charlottenburger Chaussee, Brandenburger Tor, Unter den Linden.

8. Bezirk Spandau:

Dieser Bezirk führt eine örtliche Veranstaltung durch, nimmt also an der Großkundgebung im Lustgarten nicht teil.

9. Bezirk Wilmersdorf, Bayrischer Platz und in den von Süden einmündenden Straßen: Innsbrucker, Salzburger und Meraner Straße:

13. Bezirk Tempelhof, Alarichplatz:

Abmarsch 9.15 Uhr durch Wolfram-, Werder, Friedrich Karl-, Berliner, Franz-Mehring-, Barutheb, Kostene Straße, Zossener Brücke, Gitschiner Straße, Halleisches Tor, Wilhelm-, Zimmer-, Mauer-, Leipziger, Wilhelmstraße, Unter den Linden.

14. Bezirk Neukölln, Karl-Marx- und Richardplatz:

Abmarsch 8.50 Uhr durch Berg-, Berliner Straße, Hermannplatz, Hasenheide, Fichte-, Urbanstraße, Zossener Brücke, Halleisches Tor, Linden-, Markgrafenstraße Unter den Linden.

15. Bezirk Treptow, Bahnhof Treptow (Treptower Chaussee):

Abmarsch 10 Uhr durch Treptower Chaussee, Schlesische, Köpenicker, Insel-, Wallstraße, Spittelmarkt, Gertraudenbrücke, Gertraudenstraße, Breite Straße, Unter den Linden.

16. Bezirk Köpenick, Rathaus Oberschöneweide:

Abmarsch 8.30 Uhr durch Edisonstraße, Siemens-, Kaiserhofstraße, Berliner, Köpenicker Landstraße, Am Treptower Park, Schlesische Straße, Köpenicker, Insel-, Wallstraße, Grüne Brücke, Grün-, Gertrauden-, Breite Straße, Lustgarten.

17. Bezirk Lichtenberg, Käthe-Tucholla-Platz (Viktoriaplatz):

Abmarsch 9 Uhr durch Käthe-Tucholla-Straße (Türschmidtstraße), Markt-, Roznegeher, Wühlisch-, Hohenlohestraße, Stralauer Allee, Oberbaumbrücke, Oberbaumstraße, Schlesisches Tor, Köpenicker, Insel-, Wallstraße, Spittelmarkt, Gertraudenbrücke, Gertrauden-, Breite Straße, Unter den Linden.

18. Bezirk Weißensee, Pistoriusplatz:

Abmarsch 9.25 Uhr durch Charlottenburger, Gustav-Adolf-Straße, Prenzlauer Alle-, Prenzlauer Tor, Wedinger-, Karl-Liebknecht-Straße, Lustgarten.

19. Bezirk Pankow, Marktplatz, Breite Straße:

Abmarsch 9.40 Uhr durch Berliner Straße, Schönhauser Allee, Alte Schönhauser, Neue Schönhauser Straße, Heckescher Markt, Neue Promenade, Burg-, Bodestraße Lustgarten.

20. Bezirk Reinickendorf, Aroser Allee, Ecke Hauptstraße:

Abmarsch 9.30 Uhr durch Haupt-, Residenz-, Markt-, Reinickendorfer, Chaussee-, Wöhlert-, Pflug-, Schwarzkopff-, Chaussee-, Friedrichstraße, Unter den Linden.

Vereinigungsparteitag der SPD und KPD am 21.und 22. April, Ostern 1946

Beschluss über die Konstituierung
Der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands:

Am 19. Und 20. April1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übe-r einstimmend die Vereinigung beiden Arbeiterparteien beschlossen.

Beide Parteien treten daher am 21./22.April 1946 zu ihrem Vereinigungsparteitag in Berlin zusammen und beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituiren sich als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

(Einstimmig angenommen.)

Wilhelm Pieck:

Nach Jahrzehnten der Spaltung, des Bruderkampfes, der Ohnmacht nach der finsteren Nacht des dritten Reiches erwartet das werktätige deutsche Volk von uns, dass wir die Lehren aus der

Vergangenheit ziehen und die Voraussetzung für den neuen Weg schaffen, der allein unser Volk in eine bessere Zukunft führen kann.

DAS PRÄSIDIUM DES VEREINIGUNGSPARTEITAGES

Grotewohl spricht über den Neuaufbau Deutschlands: „Der Aufbauwille und die Arbeitsfreudigkeit der deutschen Arbeiterklasse sind einzig und allein die Garantie für die Lebenssicherung Deutschlands."

DAS BANNER DER EINHEIT

Wilhelm Pieck mit der ersten Fahne der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die ihm von der Berliner Parteiorganisation überreicht wurde

Aus dem Manifest an das Deutsche Volk

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei der entschiedensten Interessenvertretung der Werktätigen. Sie kämpft für das volle Mitbestimmungsrecht der ***Gewerkschaften und Betriebsvertretungen*** *in der Wirtschaft. Ihre Forderung ist der Achtstundentag, eine ausreichende Sonntagsruhe, vollbezahlter Urlaub, Ausbau des Arbeitsschutzes und der Sozialversicherung. Tarifliche Mindestlöhne haben den Werktätigen eine ausreichende Existenz zu sichern. Sie kämpft für die Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen und den Schutz aller Schaffenden vor Übervorteilung und Ausbeutung. Für die Schieber und Parasiten darf im neuen Deutschland kein Platz sein.*

Aus der Schlussansprache von Walter Ulbricht zum 1. Mai 1946

Ihr Delegierten aus allen Teilen der deutschen Heimat könnt mit Stolz vor das arbeitende Volk treten und berichten, wie das große Werk der Vereinigung durchgeführt wurde. Genossen aus dem Ruhrgebiet, aus Hamburg, aus Bayern, Hannover, Hessen und Kassel, macht es zu eurer Ehrenaufgabe, die große Idee der Sozialistischen Einheitspartei am 1. Mai dieses Jahres in Stadt und Land, im Westen und Süden Deutschlands zu verbreiten. (Stürmischer Beifall) Auch im Westen und Süden Deutschlands muss der 1. Mai zum Tag des Gelöbnisses für die Einigung der Arbeiterschaft werden. So wie in der sowjetischen Besatzungszone die Novemberkundgebungen des vorigen Jahres den Auftakt zur Einigung bildeten, so möge in Hamburg, im Ruhrgebiet und in Bayern der 1. Mai dieses Jahres der Auftakt zur goßen Einigung der Arbeiterklasse auch in diesen Gebieten werden. (Wiederholter stürmischer Beifall)

Die Delegierten beendeten den Vereinigungsparteitag mit dem Gesang des Liedes *Brüder zur Sonne, zur Freiheit!*

Leipart entschieden für Einheitspartei

„Spaltung bedeutet immer Schwächung"

Theodor Leipart, bis 1933 Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, legt in einem an den Kollegen Hermann Schlimme gerichteten Briefe ein klares und unzweideutiges Bekenntnis für die Sozialistische Einheitspartei ab, die er angesichts der vor uns stehenden ungeheuer großen Aufgaben für ein „Gebot der Stunde" hält. Wir geben den bemerkenswerten Brief Theodor Leiparts nachstehend wörtlich wieder:

10. April 1946.

Lieber Freund Schlimme!

Zu unserer gestrigen Unterhaltung über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien möchte ich hiermit noch nachtragen, daß ich vom ersten Tage an die Einigung für notwendig gehalten und diesen Standpunkt in meinem Bekanntenkreise auch vertreten habe. Gegenüber dem Einwand, daß gerade ich die üblen Streitigkeiten in der Vergangenheit noch nicht vergessen haben könne, erwiderte ich, daß die Auseinandersetzungen über manche Streitfrage oft nur deshalb den üblen Charakter angenommen haben, weil die Spaltung in verschiedene Parteien eben vorhanden war. Zu den rund 60 Jahren meiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei habe ich deren Aufstieg mitgemacht und ihre Stärke mitempfunden, die sie zeigen konnte, so lange sie die Einheitspartei der Arbeiter war. Natürlich hat es Meinungsverschiedenheiten auch damals im großen gegeben, aber sie wurden, wie jeder es für selbstverständlich hielt, innerhalb der Partei selbst ausgetragen. Jeder wußte, daß Spaltung immer Schwächung bedeutet. Daß sie trotzdem eingetreten ist, war eine der bedauerlichsten Begleiterscheinungen des ersten Weltkrieges. Wie sehr hat diese Spaltung den Aufbau der Republik von Weimar gestört und größere Fortschritte verhindert!

In den Kreisen der Gewerkschaften ist der Wille zur Einheitsorganisation zuerst aufgetreten. Schon vor Jahren waren Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser mit mir darüber einig, daß nach dem Hitlerterror und nach den Verwüstungen durch den Krieg für politisch oder weltanschaulich getrennte Gewerkschaften kein Platz mehr sein dürfe, sondern zur Bewältigung der ungeheuer großen Aufgaben die Einheit das Gebot der Stunde sei. Jetzt, da die Einheitsgewerkschaften geschaffen sind, liegt es auf der Hand, daß ihre verantwortlichen Führer sich gegen die Fortdauer der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung wenden und für die Wiederherstellung der Einheitspartei eintreten müssen.

Je länger die Spaltung andauert, desto größer wird die Gefahr, daß auftretende Meinungsverschiedenheiten wieder in die erwähnten üblen Auseinandersetzungen ausarten und dann auch die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen wieder zerstören. Auch aus diesem wichtigen Grunde bin ich entschieden für die Einheitspartei und habe deshalb die für den gleichen Zweck abgegebene gemeinsame Erklärung der Gewerkschaftsvorstände lebhaft begrüßt. Ich stelle Dir gerne frei, diese Zeilen auch öffentlich zu verwerten und grüße Dich herzlich

Dein gez. Theodor Leipart.

Dieser Brief von Th. Leipart an H. Schlimme wurde in der Zeitung des FDGB "Die Freie Gewerkschaft" am 19.4.1946 veröffentlicht.

Am Vorabend des 1. Mai vor 75 Jahren – Ehrung im Treptower Park

Die "Berliner Zeitung" berichtete in ihrer Ausgabe am 1. Mai 1946 in ihrer kleinen Berliner Chronik: *Gedenkstein für die Gefallenen der Roten Armee.*
Auf dem Ehrenfriedhof der Roten Armee im Treptower Park wurde dieser Tage ein von der Berliner Arbeiterschaft gestifteter Gedenkstein für die vor einem Jaht gefallenen russischen Soldaten und Offiziere feierlich enthüllt. Vertreter des Magistrats und der Gewerkschaften sprachen zu den erschienenen Delegierten der Berliner Polizei, der Bezirksämter, der Bezirksausschüsse des FDGB und der SED, des Hauptausschusses der ODF, der Jugendausschüsse, der Berliner Brauereien, der AEG, BVG und BEWAG, Osram usw. , die auf den Gräbern und am Gedenkstein Kränze niederlegten.

Hunderte Berliner, vor allem Gewerkschafter/rinnen nahmen an der Enthüllung des Gedenksteins für die im Kampf um die Befreiung Berlins gefallenen Rotarmisten teil.

Die Initiative ging hierzu vom Anfang April 1946 gebildeten zentralen Maikomitee aus. Worte des Gedenkens sprachen Wally Vollmer, Vorsitzende des Gewerkschaftsausschusses des nahe gelegenen Elektro-Apparatewerke Treptow, (AEG AT-Treptow), Mitglied des Vorstandes des FDGB Groß-Berlin und des Zentalen Maikomitees und Hermann Schlimme, stellvertrtender Vorsitzender des FDGB Groß-Berlin und Mitglied des Parteivorstandes der SED. Er verbindet in seinen Ausführungen die Ehrung der gefallenne Soldaten der Roten Armee mit einem Rückblick auf ein Jahr Einheitsgewerkschaft und seinem Eindruck von den gewerkschaftlichen Einheitsbestrebungen.in Westdeutschland, angesichts der großen Zustimmung die seine Ausführungen auf der ersten Betriebsobleuteversammlung der Arbeitsgemeinschaft Müchner Gewerkschaften über den Beinn einer grundsätzlichen Umgestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft Im Osten und der dazu notwendigen Einheit der Arbeiterklasse.

Inschriften auf dem Treptower Gedenkstein:

Das schaffende Volk Berlins, den unsterblichen Helden der Roten Armee am 1.Mai 1946.

Unsterbliche Opfer die für uns gebracht,
die uns befreit aus der faschistischen Nacht. Opfer, uns allen zur mahnenden Lehre-
Ewiger Ruhm Euch und ewige Ehre!

Dieser Gedenkstein wurde am1. Mai 1946 vom damaligen FDGB Groß-Berlin enthüllt.

1. Mai 1986
Bezirksvorstand Berlin des FDGB.

Der 1. Mai 1946 in der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone, sowohl im Süden, Norden und Westen Deutschlands

In den großen Städten, demonstrierten zehntausende Werktätige, teilweise wie in Berlin, durch zerstörte Stadtviertel, für Völkerfrieden und antifaschistisch- demokratische Umwälzungen. Einige Orte seien hier genannt: Aachen,Essen, Düsseldorf, Dortmund, Remscheid, Kassel, Frankfurt/Main, Stuttgart, Hamburg. In Bremen kamen rund 20 000 Bürger zur Maifeier. Auf Anordnung der Militärbehörden durften allerdings keine Rote Fahnen und Transparente im Zug mitgeführt werden.
Die Gewerkschaftseinheit am 1.Mai konnte sich nur auf die örtliche Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten stützen, nicht aber auf die politische und organisatorische Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, obwohl bereits wieder, Vertreter des Großkapitals und des Militarismus begannen, teils aus dem Untergrund, dem Hinterhalt oder verkappt, ihre Glieder zu recken und die Arbeit der Aktivisten der ersten Stunde mies zu machen, zu unterwühlen und zu verteufeln. Es hatte alles den Anschein, dass die reaktionären Kräfte, demagogisch getarnt, für ihr verbrecherisches Treiben die demokratischen Freiheiten, wie nach 1918, ausnutzen. Um so tragischer wirkte sich zugleich die spalterische Tätigkeit des sozialdemokratischen Büros Kurt Schuhmachers aus. In Berlin und der gesamten sowjetischen Besatzungszone war während dessen die Vereinigung von SPD und KPD vor dem 1. Mai 1946, trotz Störmanöver, vollzogen worden. Die Zwietracht zwischen beiden Arbeiterparteien im Westen musste auch nachdenklich stimmen, beide Arbeiterparteien hatten bei den ersten Gemeindewahlen in der amerikanischen Besatzungszone zusammen nur ein Drittel der abgegebenen Stimmen für ihre Kandidaten bekommen.

In München war es die Arbeitsgemeinschaft freier Gewerkschaften mit Gustav Schiefer an der Spitze. Die Gewerkschaften wurden so vielerorts zum 1. Mai Kristallisationpunkt einheitlichen Strebens in der Arbeiterbewgung.

2. Jahrgang — Süddeutsche Zeitung — München, Dienstag, 30. April 19

Ein Aufruf der Gewerkschaften

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten sind im Jahre 1946 nach einer Unterbrechung von 13 Jahren erstmals wieder in der Lage, gemeinsam mit den Schaffenden der ganzen Welt Kundgebungen für Völkerfrieden und Arbeitsschutz durchzuführen.

Die Kundgebungen zum 1. Mai, die in den Jahren von 1933 bis 1945 in Deutschland veranstaltet wurden, haben nichts gemein gehabt mit den Kundgebungen in der übrigen Welt und mit den Manifestationen der deutschen Gewerkschaften bis zum Jahre 1933.

Der 1. Mai war seit dem Jahre 1890 ein internationaler Feiertag. Mit dem 1. Mai 1946 wird der 1. Mai auch in Deutschland wieder in seine alten Rechte eingesetzt und zu seiner ursprünglichen Bedeutung erhoben.

An diesem 1. Mai 1946 betonen die Gewerkschaften erneut in feierlicher Form, daß sie erkennen, daß Kriege kein Mittel zur Lösung von Konflikten zwischen den Nationen sind, und daß der Friede nur durch internationale Verständigung erhalten werden kann.

Diese Erkenntnis vom Wert des Friedens und dieser Wille zur Völkerverständigung sind die Voraussetzungen für ein neues Leben in der Wirtschaft und in der Gesellschaft.

Dieser Friedenswille und diese Bereitschaft zur Verständigung setzen in der deutschen Wirtschaft mehr als in einer anderen Volkswirtschaft das entscheidende Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft voraus.

Mit unserem Willen zum Völkerfrieden und zur Völkerverständigung bekunden wir das Verlangen an die Gesetzgebung und an die Oeffentlichkeit, die Arbeitskraft als das wertvollste Gut der Nation und der Menschen zu schützen und zu erhalten. Inmitten der durch den Krieg zertrümmerten Städte und unserer darniederliegenden Wirtschaft ist die Arbeitskraft in Deutschland jener Faktor, der die erste und größte Voraussetzung für den Wiederaufbau des Lebens und der Wirtschaft in sich schließt. Soll dieses wertvolle Gut des Volkes und der Wirtschaft nicht als Folge des Krieges geopfert werden, dann ist ausreichende Ernährung oberste Voraussetzung. Kann die Ernährung des schaffenden Volkes nicht zuverlässig sichergestellt werden, dann fordern die Gewerkschaften zwingend die Einführung der 40-Stunden-Woche.

Völkerfriede, Völkerverständigung und Schutz der Arbeitskraft können aber nur erreicht werden, wenn alle Arbeiter, Angestellten und Beamten vereint und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenstehen. Allen Schaffenden muß am 1. Mai 1946 die Erkenntnis werden, daß die Befreiung des arbeitenden Menschen von der Knechtschaft des privaten Kapitals, von Wirtschaftskrisen und Kriegen nur das Werk der Schaffenden selbst sein kann.

An diesem 1. Mai 1946 richten wir aber auch eine besondere Bitte an die Welt. Gebt unsere unschuldigen Kriegsgefangenen frei! Wir gedenken unserer Mitglieder, die unfreiwillig in den Krieg gingen und deren Heimkehr wir mit ihren Lieben erwarten.

Die Welt blickt am 1. Mai 1946 auf uns! Sie will sehen, wie stark das Bekenntnis der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten zum Frieden, zur Völkerverständigung und zur sozialen Gerechtigkeit ist. Mögen sich alle Arbeiter, Angestellten und Beamten an diesem 1. Mai zu machtvollen Kundgebungen vereinen und vom Weltgewerkschaftsbund die Wiederanerkennung der deutschen Gewerkschaften fordern. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist der Mitbegründer und Träger der internationalen Arbeiterbewegung gewesen. Zweimal zwölf Jahre war die freiheitliche Arbeiterbewegung Deutschlands gefesselt: unter dem Sozialistengesetz und unter dem Naziterror. Zweimal zwölf Jahre war die deutsche Arbeiterbewegung von der deutschen Reaktion, vom deutschen Militarismus an der Teilnahme am internationalen Leben gehindert.

Dankbar begrüßen die Arbeiter, Angestellten und Beamten Deutschlands an diesem 1. Mai 1946 ihre Befreiung. Mit diesem Dank verbinden sie das Gelöbnis unverbrüchlicher Treue zur internationalen Gewerkschaftsbewegung. Sie haben keinen schöneren Wunsch, als möglichst bald wieder mit den Freunden der internationalen Arbeiterbewegung in der ganzen Welt verbunden zu sein.

In diesem Sinn und in diesem Geist begehen wir den 1. Mai 1946!

Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermorden!
Gesetzlicher Schutz der Arbeitskraft!

In diesem Wollen feiern wir den 1. Mai 1946 und dazu rufen wir alle Arbeiter, Angestellten und Beamten und ihre Familien in ganz Bayern auf!

Arbeitsgemeinschaft freier Gewerkschaften
gez. Schiefer.

WESER KURIER

„Eine festlich bewegte Stimmung herrschte am Maimorgen im Zentrum Bremens bei den ab 8.30 Uhr immer zahlreicher auf dem Sammelplatz am Wall zusammenströmenden Menschenmassen. Überall Händeschütteln und gegenseitiges Begrüßen alter bekannter Kampfgenossen, die sich zum Teil hier nach langen Nazi- und Kriegsjahren zum ersten Mal wiedertrafen. ‚Endlich wieder freie Maidemonstrationen', ‚Weißt du noch, 1933?', immer hörte man diese Worte aus den Unterhaltungen. Allmählich formierte sich der Zug nach dem festgelegten Aufstellungsplan. Da Fahnen und Transparente nicht mitgeführt werden durften, waren die kleinen Namensschilder der einzelnen Verbände und da und dort einzelner Betriebe wie ‚Norddeutsche Hütte', ‚Atlas Werke', ‚Schellhass' u. a. die einzige bildliche Belebung des Zuges. Rund 10 000 Teilnehmer zählte der imposante Aufmarsch. Viele Tausende stehen als Zuschauer und mehr passive Teilnehmer am Straßenrand und auf den Gehsteigen. Wer den ganzen Zug an sich vorbeimarschieren sah, dem fiel es als hervorstechendes Merkmal besonders eindringlich in die Augen: Die außergewöhnlich große Zahl der über fünfzig Jahre alten Teilnehmer, auf deren Gesichtern durchweg die Unterernährung und die Auswirkungen der Schrecken und Nöte der letzten Jahre nur allzu deutlich zu lesen waren. Aber, man konnte auch aus ihren Gesichtern ein kämpferisches ‚Trotzalledem' herauslesen. Deutlicher denn je zeigt sich hier durch das fast völlige Fehlen der

EINHEIT
DEMOKRATIE
AUFBAU
Unsere Mailosung 1946
DER FREIE DEUTSCHE FDGB GEWERKSCHAFTSBUND

Absender: Hans Wieland
Scheerenbergstr.
Berlin N 113
1
BERLIN NW 7
Postkarte
Brüder in eins
nun die Hände
7 Mai 1946
Herrn
Herbert Zemang
1
Berlin N 54
Lothringer Str. 6

Mitglieder des Parteivorstandes an der Spitze des Berliner Maiaufmarsches der SED. Von links: Matern, Elli Schmidt, Litke, Pieck, Käthe Kern, Grotewohl, Jendretzky, Ulbricht, Göring, Ackermann, Dahlem, Gniffke

Blick zur Mai-Tribühne an der Schloß-Ruine

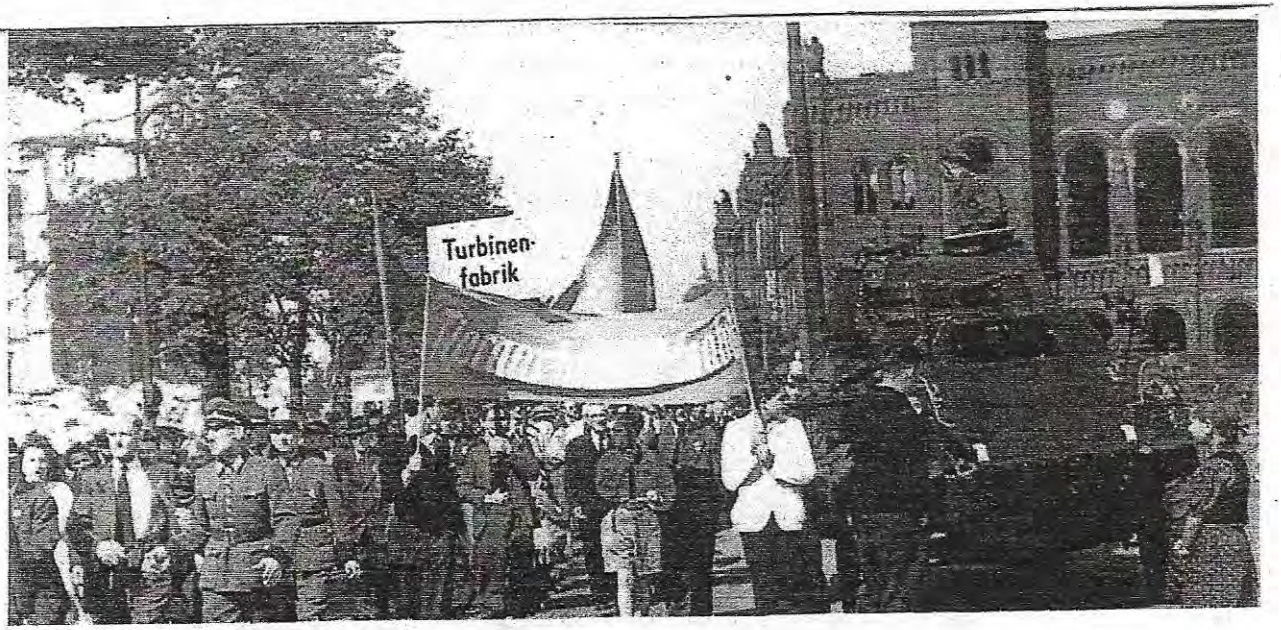
Hans Jendretzky, Bundesvorsitzender des FDGB und Mitgründer des FDGB bei seiner Ansprache

Roman Chwalek, Vor sitzender des FDGB Groß-Berlin und Mitbegründer des FDGB am Rednerpult

!. Mai 1946, Tribüne: Rechts: Prof. Dr. Arthur Werner, Architekt und Ingenieur, Oberbürgermeister v. Groß-Berlin 1945/46; links Wilhelm Pieck, Vorsitzender der SED.
Foto: Gerhard Grothe, Berlin Neukölln.

Demonstration Unter den Linden zum Lustgarten. Hintergrund Brandenburger Tor. Linke Seite mit der Ruine der Staatsoper. Rechts, die damalige Ruine des heutigen Museum für Deutsche Geschichte. Danach folgt die Berliner Universität.Unter den Linden auf der Promenade befand sich ein weithin sichtbares FDGB-Enblem.

Belegschaften einzelner Betriebe machten sich kenntlich mit den Namen ihrer Betriebe., so das Kabelwerk Oberschöneweide., nicht mehr als AEG gekenn-Zeichnet. Auf der rechten befindet sich die Berliner Universität.



Tiergarten: Die Rote AEG_Turbinen- fabrik, Huttenstr. In Alt-Moabit. Hier arbeitete vor der Novemberrevolution der Dreher Richard Müller, Vorsitzender der Berliner Revolutionären Obleute.

Eindruckvolles Bild der Massenkundgebung im Berliner Lustgarten

Das begeisterte „Hoch" auf die neugewonnene Einheit der Arbeiterbewegung

Nach dem 1. Mai 1946 – vor 75 Jahren

Erna Ebner, eine Aktivistin der ersten Stunden, aktive Gewerkschafterin und Verfechterin der Einheit hat folgende Dichtung als Rückblick unmittelbar danach verfasst:

" Das war, das war ein erster Mai,
Wie wir ihn niemals noch erlebten,
So freudig –ernst und doch so frei!
Was solange wir zäh erstrebten,
Wofür wir kämpften, litten, lebten,
Das gab ihm Würde, Wert und Weih.

Die Einheit war es, deren Band
Die Tausende hielt fest umschlungen,
Der gleiche Geist sich bei uns fand
Und redete in vielen Zungen
Das gleiche Wort zu Alten, Jungen,
Denn endlich fiel die Trnnungswand.

Da wir in Brüderschaft vereint,
Kann uns das Aufbauwerk nicht Schrecken.
Und ob das Ziel uns ferne Scheint,
Ob Feinde ihre Zähne blecken:
Wir einig sind zu guten Zwecken
Und bleiben immer stolz vereint!"

7. Mai 1946: Offener Brief des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands :

"An alle Sozialdemokraten und Kommunisten Deutschlands.

Ein Jahr nach Kriegsende und nur wenige Tage nach der Vereinigung sah Berlin am 1. Mai eine Manifestation der schaffenden Bevölkerung von bisher nicht erlebten Ausmaß. Rund 500 000 Mäner, Frauen und Jugendliche demonstrierten unter deem roten Banner für die alten Maiforderungen, für Völkerfrieden und den Achtstundentag, aber auch für die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung. Es war nach Beendigung des Hitlerregimes die erste große und elementare Willensäußerung der Arbeiterschaft, die, zum Aufbau bereit und eines dreißigjährigen Bruderkampfes müde, begeistert das Werk der politischen Einigung der deutschen Arbeiterbewegung begrüßte. Wie ein Mahnruf erscholl über ganz Deutschland das Lied:

Brüder in eins nun die Hände!"

75 Jahre später ist dieses Lied noch Bestandteil des Liedergutes der Linken, und ertönt in Gewerkschaftskreisen, nicht nur am 1. Mai. 1946 kamen allein in Berlin etwa eine halbe Million zur Maikundgebung. Heute werden derartige Beteiligungen am 1. Mai nicht annähernd in ganz Deutschland erreicht. Das ist tragisch, denn die Zwietracht lähmt unsere Kräfte. Das Kapital hat selbst in der Pandemiezeit seine Positionen weiter in Europa ausgebaut. Die Zahl der Dax- Betriebe musste von 20 auf 30 erhöht werden. Die staatlichen Krisen Zuwendungen werden zur Erhöhung der Renditen genutzt. Noch nie gab es soviel Multimilliardäre wie heute. Der Staat sorgt für immer neue, profitable Anlsge- und Absatzmöglichkeiten. Die Steuerpolitik ist eine fiskale Versicherungspolitik für die Reichen und zahlt sich selbst zu Corona Zeiten blendend für sie aus. Von wegen Vermögenssteuerwie sie die Partei DIE LINKE unentwegt fordert! Konfliktherde und Militäreinsätze sind gefragt. Die Mandatierung von Bundeswehreinsätzen, wie jetzt für Afghanistan folgt ohne Ende. Man erinnere sich an Theodor Fontanes Ballade von den drei Afghanistans Kriegen Englands imnerhalb 20 Jahren. Die Amerikaner führten 130 Jahre später einen Krieg, aber dafür aber, "versprochen" 20 Jahre.

So wenig der Verganheit ade gesagt werden kann, sowenig können wir den Lehren und Weckrufen der Geschichte entgehen. Einiges Handeln zum Wohle des arbeitenden Volkes, für den Völkerfrieden ist geboten und nicht Russenhetze und Natomanöver vor den Haustüren Russlands

Benutzte Literatur und weitere Quellen:

Achten, Udo: Illustrierte Geschichte des 1. Mai. 1. Aufl. – Oberhausen Asso Verlag Althoff, 1979

Akademie Regionale Gewerkschaftsgeschichte für Niedersachsen, Sachse-Anhalt in Braunschweig: Vom Reichskongresszur Reichstagswahl, Schriftenreihe regionale GewerkschaftsBlätter Heft 70, 2017

Ebenda. Regionale Gewerkschafts Blätter: Politik und Gewerkschaften Der "Blut-Mai", 2018

Bednareck, *Horst, Behrend, Albertt und Lange, Dieter*: Gewerkschaftlicher Neubeginn-

Bersarin, Nikolaj Generaloberst Stadtkommandant (Berlin): Hrsg:Peter Jahn Mseum Berlin-Karlshorst. Verlag Elefantenpress, 1999

Dokumente zur Gründung des FDGB und seiner Entwicklung von Juni 1945 bis Februar 1946. Verlag Tribüne Berlin, 1975

Bellmann,Günther: Potsdamer Platz Drehscheibe einer Weltstadt. Ullstein Verlag, 1997

Politik und Gewerkschaften Nachrichten Verlagsgesellschafti Frankfurt/Main, 1983

Der Senat von Berlin: Der Kampf um Freiheit und Selbsterhaltung 1945-1946. Berlin, Druckhaus Tempelhof, 1957

Drewitz, Ingeborg; Hinterm Fenster, die Stadt- Aus einem Familienalbum. Claassen Düsseldorf, 1985

FDGB Protokoll der ersten delegiertenkonferenz des FDGB Groß-Berlin am 2. Und 3. Februar 1946. Magistratsdruckerei, März 1946

FDGB Protokoll der ersten Allgemeinen Delegiertenkonferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes für das sowjetisch besetzte Gebiet Deutschlands 9.- 11.. Februar 1946-Berlin. Condor-Druck SO 16

FDGB *-Berlin* Schulungs-und Referentenmaterial: Die Bedeutung der Berliner Gewerkschafts-Delegiertenkonferenzen. Condordruck Anfang März 1946

FDGB Geschäftsbericht 1946. Hrsg. Vorstand des FDGB sowjetische besetzte Zone. "Die Freie Gewerkschaft". Verlagsgesellschaft NBH Berlin 1947

FDGB *–Berlin:* Die Schuldigen an der Spaltung der Gewerkschaften von Gross-Berlin I u. II

FDGB FDJ: Beiträge zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend in Berlin. Berlin März 1967

Fricke, *Dieter*: Kleine Geschichte des Ersten Mai. Die Maifeier in der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Dietz Berlag Berlin, 1980

Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft West-Berlin: Das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Tiergarten. Druckhaus Norden GmbH Westberlin, 1985

Jahn, *Peter, Hrsg.*Bersarin, Nikolaj, Generaloberst Stadtkommandant (Berlin). Elefanten Press GmbH. Berlin 1999

Jendretzky, Hans Neue Deutsche Gewerkschaftspolitik. Dargestellt in Reden und Beiträgen. Die Freie Gewerkschaft, 1948

Jendretzky, Die Einheit ist der Fels auf dem die Zukunft der Arbeiterklasse ruht. Hrsg. Gewerkschaftshochschule Fritz Heckert b. Bundesvorstand des FDGB. Verlag Tribünr Berlin, 1987

Keiderling, Gerhard/***Stulz*** ,:Percy : Berlin 1945-1968. Dietz Verlag Berlin. 1. Auflage 1968

Keiderling, Gerhard: Der 1. Mai 1946 unter roten Fahnen. Edition Luisenstadt, Berlinische Monatsschrift Heft 5/1996

Krauss, Christine/ ***Küchenmeister,*** Daniel: Das Jahr 1945-Brüche und Kontinuitäten. Dietz Verlag Berlin, 1995

Kuster, Bruno/***Zilkenat,*** Reiner: Hitlerfaschismus geschlagen - Die KPD lebt und kämpft. Zeitungsdienst Berlin, Verlags-und Druckerei-GmbH

Kammrad, Horst:Düppeler Geschichten 1945-1960. Arani-Verlag GmbH, Berlin 1990

Knobloch, Heinz: Der Berliner zweifelt immer. Buchverlag Der, Morgen, 1977

Lehmann, Erwin, beraten von Roman Chwalek und Fritz Rettmann; Aufbruch in unsere Zeit.Verlag Tribüne Berlin, zweite Auflage 1976
Lemnitz, Alfred: Beginn und Bilanz. Dietz Verlag Berlin, 1985
Materna, Ingo/***Ribbe***, Wolfgang: Geschichte in Daten **BERLIN.** Koehler und Amelang, 1997
Mende, Hans-Jürgen:Ein Friedhofsführer-Die Toten Mahnen uns. Edition Luisenstadt, 2004
Müller Richard:Eine Geschichte der Novemberrevolution. Neuherausgabe Oktober 2011. 12 unveränderte Ausgabe Januar 2016. Hrsg. Von Jochen Gester, Ralf Hoffrogge und Rainer Knirsch. Gefördert durch die Rosa- Luxemburg-Stiftung
Pätzold, Kurt: Der Vergangenheit entgeht niemand. Spotless im Verlag Das Neue Berlin, Berlin, 2012
Podewin, Norbert: Ausgangspunkt Chaos. Publikation des Vereins "Helle Panke, 2000
Rein, Heinz: Finale Berlin, Historischer Roman. Dietz Verlag Berlin 1951
Rettmann, Fritz: Aus deem Leben eines Sozialisten. Verlag Tribüne Berlin, 1964
Ruch, Werner: Rückblick auf die Hundertjahrfeier der Revolution von 1848 und ihre Vorbereitung: DIE LINKE, Geschichtskommission, 2008
SED: *Bildbericht vom Vereinigungsparteitag der SPD und KPD. Verlag JHW Dietz Nachf. Berlin, 1946*
SED: *Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD. Verlag JHW Dietz Nachf., Berlin*
Statistisches Amt der Stadt Berlin: Berlin in Zahlen 1945. Verlag DAS NEUE Berlin, 1947
Tjulpanow, Sergej: Deutschland nach dem Kriege (1945-1949) – Erinnerungen. Dietz Verlag Berlin, 1986
Ulbricht, Walter: Neue Aufgaben der freien Gewerkschaften. Broschüre, Dietz Verlag Berlin, 1946
Verordnungsblatt der Stadt Berlin. 1. Jahrgang, Nr.1, 10. Juli 1945

Archiv- Unterlagen wurden verwendet vom Landesarchiv Berlin (LAB)

Zeitungen:
Berliner Zeitung, Tageszeitung
Die Freie Gewerkschaft, Tageszeitung
Süddeutsche Zeitung, Tgeszeitung
Tägliche Rundschau, Tageszeitung

Unser 1. Mai 1946 in Berlin

Personen-Register

Ackermann, Anton 46
Auer, Ignaz 17
Baden, Max von, Kronprinz 26
Barker 24
Bersarin, Nikolaj 5 10 11
Brugsch, Theodor, Prpf. 31
Buchholz, Peter 11
Borchard, Leo 11
Borsig von 28
Brass, Otto 13
Butte,Erwin 23
Bührig, Erich 23
Chwalek, Roman 4 13 14 18 20 46
Clay, Lucius D. 24
Dahlem, Franz 46
De Beauchesne 23
Deutsch, Geheimrat 28
Doeblin, Alfred 28
Drewitz, Ingeborg 3 6
Ebert , Friedrich 3 26 27
Ebner, Erna 51
Engelmann, Bernt 25
Eisner 28
Friedrich Prof. 31
Fugger, Karl 31
Gniffke, Erich W. 46
Göring, Bernhard 13 46
Grotewohl, Otto 9 31 32 46
Groener 3 26
Grüber, Heinrich 11
Gründgens, Gustav 11
Haase, Hugo 26
Hartmann, 28
Heine, Wolfgang 25
Hindenburg 26 28
Herrnstadt, Rudolf 11
Herzberg 11
Hirsch 14
Hitler, Adolf 6

Hoffrogge , Ralf 27
Honecker, Erich 9
Höfle, Dr. 28
Ihrer, Emma 17
Jendretzky, Hans 9 13 14 18 20 46 47
Kaiser, Jakob 13 14 18 20
Kern, Käthe 46
Knirsch, Rainer 27
Knobloch, Heinz 18
Koeltz, L 24
Kowa, di Viktor 11
Kuppa, Horst 9
Kurasow ,W.W. 12
Legal, Ernst 11 12
Legien, Carl 3 26 27 28 29
Leipart, Theodor 28 41
Lehmann, Willi 18
Lemmer 13 14 18
Lemnitz, Alfred 5
Leonhard, Wolfgang 5
Liebknecht, Karl 17 18 26
Liebknecht, Wilhelm 17
Litke, Karl 31
Ludendorf 26 28
Luxemburg, Rosa 17 18 26
Lüttwitz,Walter Freiherr/ General 25
Nares 23
Maron, Karl 10
Maschke, Walter 31
Matern, Hermann 46
Mehring, Franz 17 18
Mewis, Karl 31
Mikojan, Anastasch Iwanowitsch 9
Mohr, Arno 34
Montgomery, Bernard 6
Müller, Michael 6
Müller, Richard 27 49
Netscharenko, Boris 6
Neumann, Franz 23
Neumann, Horst 34
Noske, Gustav 25 26
Oelsner, Fred 31

Pawlenko 10
Podewin, Norbert 23
Pieck, Wilhelm 9 17 18 31 32 39 46 47
Raumer von 28
Rathenau, Walter 28
Rühmann, Heinz 12
Saillant, Louis 24
Shukow, G. K. 4 12
Schadow, Albert, Dietrich 7
Scharoun, Hans Dr, 16
Schlicke 28
Schifer, Gustav 43
Schlimme, Hermann 5 13 14 18 20 33 41 42
Schlüter, Andreas 7
Schmidt, Elli 46
Schmidt, Waldemar 23
Schubert, Willi 34
Schwarz, Willi 23
Seelenbinder, Werner 38
Shukow, Georgi Konstantinowisch 10
Smirnow, 23
Sokolowskij,Vasily Danilowitsch 24
Spennrath, Friedrich 14 15
Sidorenko, Denis 6
Siemens Karl-Friedrich von 28
Singer, Paul 17
Skorotzky 14
Steigerwald, 28
Stetzuhn, Horst 34
Stinnes, Hugo 27 28 29
Thälmann, Ernst 17
Tietjen, Heinz 11 16
Truman, Harry S. 16
Tschuikow, Vasili,Iwanowitsch 6
Ulbricht, Walter 5 41 46
Vollmer, Wally 42
Vögler, Generaldirektor 28
Wagstaff, Jack J. 34
Walter, Paul 13 14
Weitling, Helmuth 6
Wegner, Paul 11
Weimann, Richard 31
Werner, Arthur Dr. 10 11 47
Wetzel, Jürgen 18
Wieland, Hans 45
Wilhelm II. 28
Zemang, Herbert 45